

Stenographischer Bericht

über die

35. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 16. Juli 1920.

Inhalt:

Abwesenheitsanzeige.

Antrag der Abgeordneten Steinberger, Huber, Zenz, Fasching, Lang und Genossen, betreffend die Aufnahme eines Kredites anlässlich der Elementarschäden.

Antrag der Abgeordneten Prisching, Machold, Schreckenthal und Genossen in Angelegenheit der Gewährung der Landesgarantie zur Sicherstellung von Lebens- und Bedarfsartikeln für das Land Steiermark.

Auflage (Beilagen Nr. 482, 484, 490 bis 494).

Zuweisungen, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Regelung der Bezüge der landwirtschaftlichen Bezirksärzte (Beilage Nr. 482),
2. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend das Ansuchen des Lehrers i. R. Rudolf Klein um gnadenweise Gewährung des in die Pension einrechenbaren Wohnungsgeldes und der vollen Leitungszulage (Beilage Nr. 490),
3. des Antrages der Abgeordneten Steinberger, Huber, Zenz, Fasching, Lang und Genossen, betreffend die Aufnahme eines Kredites anlässlich der Elementarschäden (Beilage Nr. 491),
4. des Antrages der Abgeordneten Prisching, Machold, Schreckenthal und Genossen in Angelegenheit der Gewährung der Landesgarantie zur Sicherstellung von Lebens- und Bedarfsartikeln für das Land Steiermark (Beilage Nr. 492),
5. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Übernahme der Haftung des Landes für einen der Landesstelle für Viehverkehr in Graz zum Zwecke der Einführung der Barzahlung des abgestellten Monopolviehes eingeräumten Kredites von 20 Millionen Kronen (Beilage Nr. 493),
an den Finanzausschuß;
6. des Antrages der Abgeordneten Fasching und Genossen, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Kroisbach im Feistritztales über Hartl, Aussen, Großhart, Linzbühl bis zur Einmündung in die Straße Neustift-Großhartmannsdorf zur Bezirksstraße (Beilage Nr. 484),
an den Straßen- und Brückenbauausschuß;

7. des Berichtes des Untersuchungsausschusses für die Landesforste in St. Gallen (Beilage Nr. 494),
an den Landeskulturausschuß.

Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 483, über den Landesvoranschlag für das Jahr 1920, Beilage Nr. 364, mit den Bedeckungsanträgen. — (Annahme der Anträge des Finanzausschusses zum Voranschlag mit den bezüglichen Entschlüssen, des Abänderungsantrages des Landesrates Wastian zu Kapitel V, des Abgeordneten Schreckenthal zu Kapitel IX, weiters der Bedeckungsanträge des Finanzausschusses.)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Landeshauptmann Dr. Anton Rinfelen und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Jakob Ahrer.

Schriftführer: die Abgeordneten Georg Gäß, Karl Gföller und Franz Thoma.

Landeshauptmann: Ich eröffne die 35. Sitzung. Herr Abgeordneter Anton Pichler hat sich krankheitshalber bis auf weiteres entschuldigt. In der letzten Sitzung sind zwei Anträge eingelaufen, deren Drucklegung veranlaßt wurde, und zwar:

Antrag der Abgeordneten Steinberger, Huber, Zenz, Fasching, Lang und Genossen, betreffend die Aufnahme eines Kredites anlässlich der Elementarschäden.

Antrag der Abgeordneten Prisching, Machold, Schreckenthal und Genossen in Angelegenheit der Gewährung der Landesgarantie zur Sicherstellung von Lebens- und Bedarfsartikeln für das Land Steiermark.

Aufgelegt sind die Beilagen Nr. 482, 484, 490 bis 494.

Zugewiesen wurden dem Finanzausschuße die Beilagen Nr. 482 und 490 bis 493;

dem Straßen- und Brückenbauausschüsse die Beilage Nr. 484, und

dem Landeskulturausschüsse die Beilage Nr. 494.

Hat jemand etwas dazu zu bemerken? (Nach einer Pause.) Das ist nicht der Fall.

Wir schreiten sohin zur Fortsetzung der Tagesordnung, und zwar zum allgemeinen Teil der Beratung über den

Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 483, über den Landesvoranschlag für das Jahr 1920, Beilage Nr. 364, mit den Bedeckungsanträgen.

Zum Worte hat sich gemeldet Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. *Uhrer*. Ich erteile ihm daselbe.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. *Uhrer*: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich kann in einer Beziehung einem der Herren Vorredner rechtgeben, als gesagt wurde, daß heute jede Budgetberatung nur problematischen Wert hat, da ein derartig schwer geschädigtes Wirtschaftsleben, wie das unsere, sich täglich, ja stündlich in seinen Auswirkungen überschlägt, weil morgen nicht mehr wahr ist, was heute als wahr angenommen wird. Es wurde im allgemeinen die Budgetdebatte dazu benützt, um alles das abzulagern, was man am Herzen hat. Es ist dies eine alte politische Usance, der ich mich naturgemäß anschließen muß. Ich möchte da mit einem bekannten Fall beginnen, mit der Frage des Wirtschaftsreferates. Es wurde hier darauf hingewiesen, daß derartige Institutionen ehestens abzubauen sind. Ich kann nur das sagen, daß gerade diese Seite des Hauses es war, die seinerzeit darauf gedrungen hat, daß dieses Referat eingeführt wird, beziehungsweise daß je zwei Vertreter der sozialdemokratischen und der christlichsozialen Partei in dieses Amt entsendet werden. Dieses Referat hat praktisch erwiesen, daß die Wirtschaftsfragen heute einen weit größeren Raum einnehmen als früher und daß unser ganzes öffentliches Leben diktiert ist durch die bittere Sorge um das tägliche Brot. Wenn betont wurde, daß zur Zeit nach dem Umsturze kaum für drei Tage Lebensmittel da waren, so möchte ich konstatieren, daß die Zeiten, daß die Verhältnisse sich heute eher verschlechtert als verbessert haben. Herr Dr. *Eisler* hat gesagt, daß die bisherigen Mitglieder des Wirtschaftsreferates, die beiden Herren *Machold* und *Sarkmann*, die von sozialdemokratischer Seite entsendet wurden, die volle Verantwortung für alles das übernehmen, was in der Vergangenheit geschehen ist.

Daraus ergibt sich selbstverständlich auch die Übernahme der Mitverantwortlichkeit für die Zukunft. Denn das ist eben eine Kontinuität des Wirtschaftslebens, die nicht mit Parteienentscheidungen heute abreißten kann. Es wurde schließlich der Vorwurf erhoben, daß wir Christlichsoziale unsere Pflicht nicht erfüllt haben, und zwar gerade in der Frage der Lebensmittelversorgung. Ich brauche wohl nicht darauf hinzuweisen, daß jeder einzelne von uns draußen war und daß wir uns bei der bauerlichen Bevölkerung mit unserer ganzen Persönlichkeit eingesetzt haben, um das Notwendigste aufzubringen. Wir waren außerdem — Sie können uns dieselbe Gewissenhaftigkeit zubilligen wie Ihnen — jede Stunde bereit, gerade in der Beziehung die größten finanziellen Opfer zu bringen. Es geht daher nicht an, uns da eine Schuld beizuschreiben. Die Hauptschuld an der Misere, insbesondere an der Fleischaufbringung, sind nicht die Christlichsozialen, sondern Schuld ist die bisher ganz verfehlte Preispolitik in dieser Frage. Es ist Ihnen allen bekannt, daß man lange Zeit hindurch mit Landeszuschlägen gearbeitet, daß man ein System geführt hat, wodurch es den Konsumenten nie zum Bewußtsein gekommen ist, wie teuer eigentlich das Fleisch zu stehen kommt, und daß man das Land unendlich belastet hat. Wenn man die Frage aufgeworfen und behauptet hat, es sei auch unsere Aufgabe, das Notwendigste aufzubringen und herbeizuschaffen, so kann ich mich dieser Meinung nur anschließen. Die Frage ist nur die, was das Notwendigste ist? Sehen Sie, da habe ich gerade Gelegenheit gehabt, im Staatsamte für Finanzen vorzusprechen, um in der Frage der Fleischversorgung gewisse Richtlinien zu erreichen. Dazu ist natürlich die nötige finanzielle Unterstützung notwendig. Dort wurde mir nun gesagt: „Vielleicht läßt sich in der Sache was machen, aber die Grundbedingung ist die Gleichstellung mit den Wiener Verhältnissen.“ Das ist eine Ausgabe von 10 Dekagramm und nicht von 15 und 25 Dekagramm und die gleichen Preise. Sie sehen, daß auch darüber die Ansichten geteilt sind. Das Entscheidende in der Frage war, daß man die schon unendlich lange berechnigte Forderung nach einer Preisregelung verschleppt hat. Daß wir das nicht waren, das haben Sie, glaube ich, gespürt. Man hat dann, nachdem die Zeit verpaßt war, statt einer mäßigen Erhöhung einen momentanen Sprung gemacht, und diese momentane Erhöhung war es, die die große Erregung und Enttäuschung ausgelöst hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich konstatieren, daß dieser Beschluß einstimmig und nicht etwa gegen die Herren der sozialdemokratischen Partei gefaßt wurde, und zwar von der Landes-

regierung und dem Wirtschaftsrate. Unsere Vertreter haben in allen diesen Fragen nicht den Standpunkt eingenommen, daß sie den Bauern zu einem Krösus machen wollen, aber wir betrachten es als unsere Pflicht, den Bauern lebensfähig zu erhalten. In dieser Beziehung haben wir eine Grenzlinie, und die ist, daß man nicht dauernd von dem Bauern verlangen kann, seine Produkte unter den Gesehungskosten abzugeben. Ich will nicht darüber streiten, wer mehr Lasten im Lande und im Staate trägt, der Bauer oder der Arbeiter. Es ist diese Kombination meiner Überzeugung nach vollständig unrichtig; denn wir haben ebenso noch eine Reihe von anderen Ständen, die ebenso kultur- und volkswirtschaftstragend sind, z. B. Gewerbe und Handel u. s. w. Die schwächsten sind heute zweifellos sicher nicht in der Arbeiterbevölkerung, sondern im viel gelästerten Mittelstande zu suchen, in jenem Stande, wo einem kleinen Rentner mit einem Jahreseinkommen von 3000 K ein Stückmeister mit einem solchen von 70.000 K gegenübersteht. Ich kann mir bei dieser Gelegenheit nicht ersparen, einen kleinen Exkurs, betreffend unsere Politik, in diesem Reiche zu machen. Die Sozialdemokraten haben zuerst geglaubt, existieren und regieren zu können mit den Arbeitern allein. Das ist nicht gegangen. Dann haben sie sich auf den Standpunkt gestellt, Arbeiter und Bauern. Das ist auch nicht gegangen aus den angeführten Gründen. Und dieses Einsehen für die Zwischenglieder ist nach meiner Überzeugung der weitaus tiefste Grund der Sprengung der Koalition in Wien. Wenn man da äußere Ursachen annimmt, so muß ich sagen, das ist nicht richtig, denn die Differenzen wegen des Wehrgesetzes sind einfach aufgelöste Ursachen. Um die Psyche des Bauern zu verstehen, müssen Sie sich vor Augen halten, daß der Bauer heute noch der einzige ist, der am fühlbarsten unter der unleidlichen Zwangswirtschaft leidet. Wenn man heute zum Beispiel beim Ausbruch einer großen Seuche einem Arbeiter sagen würde: „Du mußt Dein Bett, Dein Leintuch usw. hergeben,“ da wäre ich neugierig, was der dazu sagen würde; und was er dazu sagen würde, wenn ihm dieses Leintuch, dieses Bett nach Monaten erst bezahlt würde, nachdem die Valuta schon wiederum bedeutend gesunken ist. Man sieht deutlich, daß alle diese einzelnen Forderungen des praktischen Lebens die Vorteile der Zwangswirtschaft bedeutend überwiegen. Notwendig, meine sehr Geehrten, ist mit einem Wort, daß ein gegenseitiges Verständnis vorhanden ist. Ohne das gegenseitige Einverständnis können wir niemals auf einen grünen Zweig kommen. Einer der Herren Vorredner hat mit Recht gesagt, daß es ein Verdienst

der sozialdemokratischen Partei sei, die Arbeiterschaft zum rechten demokratischen Sinn erzogen zu haben. Ich möchte den Appell an diese Klasse unserer Bevölkerung richten, daß sie nicht die 15 Dekagramm Fleisch dazu benützt, um die Ruhe und Ordnung im Staate hinzuopfern. Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleich die Bauernunruhen anführen. Ich kann von vornherein konstatieren, daß die Gründe hiefür größtenteils nicht auf das Schuldkonto der Landesregierung, sondern zumeist auf das Konto der unglückseligen Kriegszentralwirtschaft in Wien fallen, wenn ich Ihnen als Beispiel die Salz- oder die Zuckerfrage anführe. Ich bitte, die Herren Sozialdemokraten zu fragen, ob wir uns während aller dieser Zeiten nicht ständig bemüht haben, dieser Misere abzuhelpen. In Wirklichkeit trägt an allen diesen Dingen die vollständig unhaltbare wirtschaftliche Lage die Schuld. Man sagt: „Der Bauer ist reich, er hat viel Geld.“ Meine Herren, wir müssen da zurückblicken, wie sich die ganze Landwirtschaft entwickelt hat. Es sind Tausende von Bauern von der Scholle vertrieben worden. Wenn auf der anderen Seite die Arbeiter sagen, der Bauer hat viel Geld, so gebe ich das zu, daß er jetzt mehr hat, als er in der Vergangenheit hatte. Die ganze Frage ist aber, was er heute mit diesen papierernen Zetteln anfängt, und die Frage ist die, wie die Sache schon seinerzeit ein Herr Vorredner betont hat, wie er sich sein Inventar, das seit dem Jahre 1914 vollständig verschwunden ist, nachschaffen kann.

Wir haben, hat einer der Herren Vorredner angeführt, bezüglich der Übergriffe der Bauern keinen Einfluß ausgeübt. Ich will nicht in dasselbe Horn blasen, in welches die Herren stoßen, denn sonst müßte ich fragen, wo ist der Einfluß der sozialdemokratischen Führer bei den Übergriffen in der Burg gewesen? Mir ist es bei den Vorfällen in der Burg, wo gerade einer Ihrer Herren niedergeschlagen wurde, nicht eingefallen, das auf Ihr Schuldkonto zu schreiben. Der betreffende Herr hat offen erklärt, er anerkenne, daß ich als Bürgerlicher nicht schärfer über diesen Vorfall urteile. Ich mufe Ihnen nicht zu, daß Sie jeden einzelnen Wähler an der Leine führen können, aber ich verlange dieselbe Freiheit auch für uns. Tiefeingreifende Maßregeln für den Wiederaufbau des Landes sind naturgemäß sehr schwer. Wer sich mit den tief einschneidenden Wirkungen des Friedensvertrages und dem Ausbruche des Krieges einigermaßen befaßt hat, der muß zugeben, daß ein normaler Aufbau heute auf unendliche Schwierigkeiten stößt. Schauen Sie, das Land ist ein Teil des Gesamtstaates, und die ungeklärte Wirtschaft des Gesamtstaates

hindert uns, im Lande großzügig zu arbeiten. Es ist aber auch der Friedensvertrag von St. Germain, der uns Bindungen auflegt, der uns daran hindert, in vollkommen freier Wirtschaft zu arbeiten. Die Landesforste haben heute Millionenwerte. Aber wir wissen nicht, inwieweit wir daraus ein Geschäft machen können, denn wir haben auf die Meinung eines Kurators zu sehen, und das ist die Reparationskommission. Schuld daran trägt außerdem, daß die Verhältnisse zwischen dem Staate und den Ländern noch nie so verworren gewesen sind wie heute. Erst wenn diese Kardinalfrage gelöst ist, dann wird ein planmäßiges, zielbewußtes Arbeiten herauskommen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht dringend genug hinweisen auf die Notwendigkeit der ehesten Verfassungs- und Verwaltungsreform. Sie ist für uns notwendig, wir leben in einem vom Gegner gezimmerten Staate, und die Liebe zu diesem Staate wird dann erstarken, wenn die inneren Verhältnisse geregelt sein werden, wenn die Länder wissen werden, wohin sie gehören, und auch der Staat, welche Rechte und Pflichten er hat. Daß es naturgemäß zur Verteilung der verschiedenen Einkommen und Lassen kommen muß, ist klar. Ich will diese Frage nicht weiter zerschneiden, sie ist nicht so einfach zu lösen. Diese Kardinalforderung aber bleibt aufrecht, daß die Länder wenigstens so viel an Einkommen bekommen müssen, daß sie die Aufgaben, die an sie gestellt werden, in der heutigen Zeit voll und ganz erfüllen können. Es ist bei Behandlung dieser Frage unrichtig, wenn man uns den Vorwurf macht, wir seien Zufallsautonomen, das heißt Autonomen, wenn wir kein Geld brauchen, wenn wir aber Geld brauchen, sind wir Zentralisten. Ich möchte da vor allem konstatieren, woher der Staat das Geld hernimmt. Ist der Staat etwas Abstraktes neben den Ländern oder ist er die Gesamtheit der Länder? Und da glaube ich, daß der Steirer das Recht hat, etwas vom Staate zu fordern, weil wir eines der produktivsten und ertragreichsten Länder sind. Ich brauche da nicht hinzuweisen auf unsere Bodenschätze. Schwieriger wird die Auseinandersetzung sein, weil wir nicht den Bundesstaat schaffen können frei von Schulden, sondern weil wir belastet von Kriegsschulden in dieses Verhältnis eintreten.

Daß es unmöglich ist, diese Schulden länderweise aufzuteilen, das wird jedem einleuchten, abgesehen davon, daß der Friedensvertrag von St. Germain diese Auflösung nicht zulassen wird. Aus allen diesen Gründen werden wir aufatmen, wenn in diesen Verhältnissen in der Verfassung und Verwaltung volle Klarheit geschaffen ist.

Nun muß ich mich beschäftigen mit der Frage der Koalition im Lande und deren Auflösung, und ich möchte da vor allem konstatieren, daß die Koalition im Lande formell mangels eines schriftlich fixierten Programmes, niemals wie die Wiener Koalition bestanden hat. Wir haben niemals ein Koalitionsabkommen mit fixen Punkten niedergelegt. Es ist kein wirtschaftlicher Beschluß, weder im Landesrat noch im Wirtschaftsrat, gegen den Willen der in der Koalition schwächer vertretenen Partei gefaßt worden. Die Gründe für die Sprengung der Koalition sind wesentlich wo anders zu suchen, sie sind zu suchen in parteipolitischen Gründen. Es ist dies Ihnen klar und uns auch. Sie haben, insbesondere die Herren der sozialdemokratischen Partei, durch ihre Tätigkeit eine große Belastungsprobe auf sich genommen, wie es jede Partei, die heute im öffentlichen Leben steht und die die Verantwortung trägt, tun muß. Diese Belastungsprobe ist Ihnen mit Rücksicht auf die Wählerschaft schlecht bekommen. Sie haben mit der Opposition zu rechnen gehabt und haben sich entscheiden müssen für Parteipolitik oder Erfüllung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, und da haben Sie sich entschieden: Sie wollten wieder die geschlossene Sozialdemokratie von ehedem haben. Am zweiten Parteitag wurde übrigens Ihr Beschluß revidiert. Logisch war der Beschluß unrichtig, aus den schwer belasteten Ämtern herauszugehen und dort, wo man weniger schwer belastet ist, sitzen zu bleiben. Daß wir auf dem Standpunkte stehen, daß das Gesetz zu befolgen ist, ist klar, und zu dieser Ansicht haben Sie sich bekannt, indem Sie den Landeshauptmann-Stellvertreter wieder in die Landesregierung entsenden haben, denn Sie haben im Sinne der Verfassungsgesetze, die auf dem System der Proportionalität aufgebaut sind, die Pflicht, als zweitstärkste Partei diesen Posten zu besetzen. Als weiterer Grund für die Sprengung der Koalition wurden angegeben die Vorfälle in Gosdorf. Die Vorfälle in Gosdorf sind schwer zu behandeln, weil es ein Grenzort ist, ein Grenzort, wo sich seinerzeit die Bevölkerung mit Begeisterung, mit Herz und Hand für jedes Stück deutscher Erde zu kämpfen, eingesetzt hat. Das ist ein Moment, das die Erledigung der Frage schwer macht. Die Behauptung, daß die Landesregierung sabotiert habe und daß die Landesregierung den gerichtlichen Lauf der Sache unterdrückt habe, diese Verdächtigungen muß ich zurückweisen. Ich muß darauf hinweisen, daß gerade die zwei Haupttrüdelführer Suppan und der andere, der den Gendarmen verlegt hat, verhaftet wurden und noch heute in Haft sitzen. (Landesrat Dr. Eisler: „Aber ohne Zustimmung der Landesregierung.“) Ich bitte, ich werde

mir gleich erlauben, eine Parallele zu ziehen, die weniger sympathisch ist. Ich muß hier eine Parallele mit den Neunkirchner Vorfällen ziehen. Da wurden die Rädeßführer nicht eingesperrt und wurden freigegeben. (Landesrat Dr. Eisler: „Dort hat die Justizverwaltung die Haft nicht gewünscht.“) Das ist eben das Komische, daß die Justizverwaltung in einem Falle etwas wünscht, was sie in einem anderen Falle nicht wünscht. (Großer Beifall bei der christlichsozialen Partei. — Landesrat Dr. Eisler: „Ein Jurist kennt doch den Unterschied zwischen obligatorischer und nicht-obligatorischer Untersuchungshaft.“) Wenn Sie den Tatbestand nehmen, so wird es auf das gleiche hinauskommen. (Landesrat Dr. Eisler: „Leider nicht.“) Ich möchte noch darauf hinweisen, daß in der Oststeiermark einfach eine ganze Anzahl von Verhaftungen vorgenommen wurde, weil wir auf dem Standpunkte des Gesetzes stehen. Wenn die „Arbeiterzeitung“ in irrthümlicher und nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechender Abschrift von Akten eine irrige Darstellung bringt, so kann das nicht auf das Konto der Landesregierung geschoben werden. Daß wir richtig vorgegangen sind, hat der Erfolg gezeigt. Ich kann konstatieren, daß die Gosdorfer bereits zweimal seitdem der Ablieferungspflicht nachgekommen sind. Unlogisch ist zweifellos das gesamte Verhalten der Sozialdemokraten in dieser Regierungskrise gewesen. Schließlich haben sie sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Großdeutschen sich außerhalb der Verantwortung stellen. Von der sozialdemokratischen Partei haben sie jetzt auch denselben Versuch gemacht. Der Grund hierfür liegt bedeutend tiefer. Wer die Geschichte der Sozialdemokraten kennt, der muß zugeben, daß die Sozialdemokraten stark und mächtig geworden sind, in ihrer Rolle als Oppositionspartei. In demselben Moment, wo sie in die verantwortungsvollen Regierungsstellen hineingesperrt werden, in dem Momente müssen sie laut ihres Parteiprogrammes versagen, weil sie dieses Programm nicht an reale Bedürfnisse anschließen können (Zwischenrufe: „Sie hat auch versagt.“). Nach meiner Überzeugung ist die gesamte Politik nicht ganz aufrichtig. Sie haben an das Volk appelliert und wollen Neuwahlen, und es hat einer der Redner davon gesprochen, daß keine wesentlichen Veränderungen zwischen Ihnen und den Bürgerlichen vorgehen werden. Wozu dann die Neuwahl? Ich hoffe für meine Person, daß wir Ihnen einige Mandate abknöpfen können. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: „Vielleicht wir Ihnen.“) Nun, für Ihre Häupter werden schon noch einige Mandate übrig bleiben.

Nun muß ich ein Kapitel anschneiden, das ist die Frage der Bewaffnung. Die ganze Grundbehauptung gipfelt darin, daß die Bauernschaft bewaffnet ist, und zwar, um einerseits sich der Ablieferungspflicht zu entziehen und um andererseits eine Klassenherrschaft aufzurichten. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur das eine sagen, gerade dort, wo angeblich nach Ihrer Überzeugung Waffen sind, gerade dort wurde in allerletzter Zeit ganz tadellos abgeliefert. Wer im Wirtschaftsreferate sitzt, der muß zugestehen, daß die Ablieferung sich gebessert hat. Es ist nicht der Fall, daß die Relation zwischen Abliefern und Nichtabliefern besteht. Ich werde mir die Gründe für die Bewaffnung, wenn eine solche überhaupt besteht, anzugeben erlauben. Ich muß auch auf den Vorwurf der Klassenherrschaft reagieren und da haben Sie sich etwas im Lexikon vergriffen. Der Begriff der Klassenherrschaft ist nicht dem christlichsozialen Lexikon entnommen, der ist dem sozialdemokratischen Lexikon entnommen, und dabei muß ich vor allem das eine sagen, daß der Bauer in erster Linie heute nichts anderes haben will, als Ruhe. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.) Nun will ich aber, nachdem schon diese Frage angeschnitten wurde, auch unsere Stellungnahme präzisieren. Ich muß schon konstatieren, daß die Sozialdemokraten mit der Bewaffnung begonnen haben. Erinnern Sie sich an die Zeiten des Umsturzes, wo beim Zurückfluten von vielen Tausenden der alten Armee nicht nur am Grazer Südbahnhofe, sondern auch anderswo die Waffen einfach konfisziert wurden. Wo sind diese Waffen hingekommen? Zu den Bauern nicht. (Landesrat Ressel: „Zu uns auch nicht!“ Widerspruch.) Meine sehr Verehrten, es gibt nun verschiedene Gründe, die den Bauern gezwungen haben, Waffen zu nehmen, wenn er Gelegenheit hiezu hatte, sie auch wirklich zu nehmen. Erinnern wir uns an die Vergangenheit. Sie wissen alle zusammen, daß mit der Zeit des Umsturzes die Idee des Kommunismus eigentlich das erste Mal den guten Steirern vor Augen geführt wurde. In der Frage des Kommunismus war die Haltung der Sozialdemokraten eine nicht einheitlich klare. Wenn ich auch den steirischen Sozialdemokraten das Zeugnis ausstellen kann, daß sie uns in der Bekämpfung des Bolschewismus unterstützt haben, so kann ich daselbe von den Sozialdemokraten in Wien nicht behaupten. Ich möchte mir nur ein Beispiel vor Augen zu führen erlauben. Wie Sie wissen, wurde ein Prozeß gegen die Kommunisten angestrengt. Ich habe mir die Abschrift eines Schreibens des Staatssekretärs Dr. Bauer geben lassen, das Original dürfte im Akte des hiesigen Landesgerichtes liegen. Es heißt hier

(liest): „Wien, am 15. Juli 1919. Staatssekretär für Außeres. Herrn Karl Janitsyn in Graz. Auf Ihr Besuch vom 11. d. M. teile ich Ihnen mit, daß ich mich mit dem Staatssekretär Eldersch in Verbindung gesetzt habe. Dieser teilte mir mit, daß Ihnen bei Ihrer Ausweisung die Wahl der Grenze freigestellt werden würde. (Rufe: „Hört, hört.“) Von dieser Entscheidung wird er Sie selbst noch verständigen. Der Staatssekretär Dr. Bauer m. p.“

Das Zweite ist die Abschrift eines Briefes des Kommunisten Brodnig an den Genossen Gyula Tarnok, Szombathely, Direktorium. Darauf langte folgende Antwort von Tarnok ein (liest):

„Ich habe in Budapest mit dem Sekretär von Doktor Bauer gesprochen, daß Du und Marešch beim Landesgerichte seid und daß Ihr nach Ungarn und nicht nach Jugoslawien oder Deutschböhmen abgeschoben werdet. Wir garantieren, daß Ihr die Grenze, so lange in Steiermark keine Proletariatsdiktatur ist, nicht passieren werdet. Er hat mir versprochen, die Sache so auszuführen.“

Nun jedenfalls sind da hier Zusammenhänge, in die ich nicht hineinschauen möchte. Nachträglich, nachdem wir uns heute bewußt sind, daß es eine Gefahr der Kommunisten, der wir nicht Herr werden können, nicht gibt, und wenn ich auch in diese Zusammenhänge nicht hineinschauen möchte, so müssen wir doch konstatieren, daß ein solcher Zusammenhang zwischen den Kommunisten und den sozialdemokratischen Führern vorhanden war. Diese Sorge muß selbstverständlich jeden, der heute noch eine Fürsorge für sein Hab und Gut hat, bewegen, Mittel zu suchen, um diesen Gefahren begegnen zu können. (Rufe: „Sehr richtig!“) Wenn Sie, sehr verehrte Herren, sich dazu noch an die Vorfälle anlässlich der Volksversammlung in Bruck am 28. September 1919 erinnern, so wissen Sie, daß dort behauptet wurde, daß heute das Bürgertum frei sei. (Zwischenruf: „Das ist eine Lüge.“) Ich bitte, den Ausdruck Lüge zurückzuhalten. Die Tendenz dieser Versammlung hat sich so recht in der Auswirkung gezeigt, weil Bürger dabei blutig geschlagen wurden. Daß das auf die übrigen Kreise der Bevölkerung aufreizend wirken mußte und daß die Leute vielleicht dadurch Angst bekommen, das ist wohl evident. Ich erinnere die Herren an den Wildererprozeß in Leoben, der durch das terroristische Vorgehen Ihrer Leute einfach niedergeschlagen werden mußte. (Landesrat Dr. Eisler: „Das ist auch nicht wahr.“) Sie haben daher keinen Grund, sich über Gosdorf den Mund vollzunehmen und sich aufzuregen. Die bäuerliche Bevölkerung hat diese Vorfälle zur Kenntnis genommen und hat sich gesagt: „Jetzt kommen

zuerst die Hirschen und dann kommt das Vieh daran.“ Das ist wohl selbstverständlich. Die Bauern haben sich erst dann bewaffnet, als ihnen klar vor Augen geführt wurde, daß die Arbeiter bereits bewaffnet sind. (Landesrat Ressel: „Das ist gar nicht wahr, das ist völlig unrichtig.“) Ich bitte, ich komme schon auch noch auf Sie. Ich bitte, es ist vorgekommen, und es wurde mir von maßgebenden Leuten meiner Parteirichtung genau detailliert erzählt, daß Arbeiter Gewehre gegen zwei Kilogramm Türkenmehl hergegeben haben. Ich habe keinen Grund, dies nicht zu glauben. (Abgeordneter Leichin: „Was hat denn das mit der Frage der Bewaffnung der Arbeiter zu tun?“) Herr Leichin, Sie werden doch nicht behaupten, daß Sie alle zusammen mit der Frage der Bewaffnung nichts zu tun haben. (Abgeordneter Leichin: „Was ist in Kroisbach, wo der Landeshauptmann die Leute bewaffnet?“) Mit Kroisbach sind wir nicht in Verbindung. Sie werden doch nicht behaupten, daß der Herr Landeshauptmann Rintelen nichts anderes zu tun hat, als die Kroisbacher zu bewaffnen. (Abgeordneter Leichin: „Das werden wir Ihnen schon heute noch nachweisen.“) Ich möchte betonen, daß das Ausföhrungen im allgemeinen Rahmen sind und daß Sie bisher keine positiven Daten und Einzelheiten angeführt haben. (Zwischenruf: „Was ist denn mit dem Herrn Hoss?“) Der ist zufällig hier und schaut wie der ruhigste Staatsbürger drein. Ich will nicht darauf hinweisen, daß in Kapfenberg am 31. März d. J. eine kleine Heerschau abgehalten wurde über die Arbeiterwehren von Kapfenberg, Diemlach, Bärndorf-Bruck, Laming, als Kommandant wurde der Vizebürgermeister Färbach bestellt, daß in Bruck der Arbeiterturnverein unter Leitung des ehemaligen Hauptmannes Hinkel Schießübungen abgehalten hat. Diesbezüglich haben Sie ähnliche Institutionen in Thörl, Seebach-Turnau, Parschlug, Gufwerk, bei den Penggwerken, in Göffing, Andritz, Jeltweg, Weiz, Niklasdorf, Krieglach, Fohnsdorf, Eisenerz, Gratwein, Donawitz, Gratkorn, Eibiswald, Wies-Steieregg, Kalkgrub und Pölsingbrunn. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Neufuß: „Sie, Herr Doktor, sollen wir denn alles ruhig von Ihnen hinnehmen und uns ruhig von Ihnen erschießen lassen?“ — Heiterkeit bei den Christlichsozialen.) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich könnte mir eigentlich auf diesen Zwischenruf hin, der ein volles Einbekenntnis bedeutet, meine weiteren Ausföhrungen ersparen (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.), nichtsdestoweniger (Abgeordneter Neufuß: „Sie haben sich zuerst bewaffnet und wir werden uns von Ihnen

nicht erschließen lassen.“), meine sehr verehrten Damen und Herren, damit Sie einigermaßen sehen, wie die Sache liegt, will ich Ihnen jetzt ein Zirkulandum, unterschrieben vom Bürgermeister von Bruck, Herrn Pichler vorlesen (liest): „Bezirksorganisation in Bruck a. d. M. Bruck a. d. M., 17. März 1920. An die sozialdemokratische Lokalorganisation in Pernegg. Werte Genossen! Zu unserer näheren Orientierung wollen Sie uns sofort nach Erhalt dieses Schreibens genaueste Mitteilung machen über die Stärke der eventuell vorhandenen bürgerlichen beziehungsweise Bauernwehren, über die vorhandenen Waffen, deren Aufbewahrungsort, Erlangbarkeit usw. Im weiteren ist es dringend notwendig, uns fortlaufend über alle auf die gegenwärtige Situation bezugnehmenden Ereignisse genauestens sachlichen und nüchternen Bericht zu erstatten. In dringenden Fällen ist das Sekretariat sofort telephonisch, telegraphisch oder mittels eines Radfahrers zu verständigen. Es wird auch während der nächsten Zeit ein fortlaufender Nachtdienst im Arbeitersekretariat, Roseggerstraße 24, 2. Stock, errichtet. Des weiteren ersuchen wir die Genossen Hauptvertrauensmänner der einzelnen Lokalorganisationen, uns so schnell als möglich die Namen der Alarmbataillonskommandanten sowie deren Stellvertreter nebst genauer Angabe ihrer Wohnungsadresse bekanntzugeben, damit die Bezirksexekutive jederzeit in der Lage ist, mit ihnen in Verbindung treten zu können. In der von über 150 Vertrauensmännern besuchten Sitzung vom 15. d. M. in Bruck a. d. M. wurde folgender Beschluß gefaßt: Ohne Zustimmung der Bezirksexekutive darf kein Ort und kein Betrieb irgendwas auf eigene Faust durchführen“ (Abgeordneter Leichin: „Sehen Sie, das ist eine Organisation.“) „und muß der Bezirksexekutive unter allen Umständen Gehorsam geleistet werden. Die Arbeiterwehren sind nicht bloß ortswise, sondern auch betriebsweise lückenlos durchzuführen und sind sofort die Schwarm-, Zug- und Ortskommandanten zu wählen.“ (Große Unruhe. — Abgeordneter Leichin: „Glauben Sie, wir haben nicht das Recht hiezu?“ — Landesrat Dr. Eisler: „Das ist Ihnen alles neu?“) „deren Namen vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten sind. Im Ernstfalle hat die Bezirksexekutive den Generalstreik zu proklamieren, die Arbeiter und deren Familien ihre Wohnungen, die Vertrauensmänner aber ihr Parteilokal aufzusuchen und dort die Weisungen der Bezirksexekutive einzuholen. Es ist sofort ein Permanenzordonnanzdienst im ganzen Bezirk einzuführen. (Die Telefonnummer des Arbeitersekretariates in Bruck an der Mur ist 126.) Die engere Bezirksexekutive besteht

aus den Genossen Pichler Anton, Swatschina Karl und Tösch Louis, welche unter Zuziehung der Hauptvertrauensmänner, einer sogenannten erweiterten Exekutive, ihre Pläne auszuarbeiten haben. Um sofortige Beantwortung dieses Schriftstückes wird gebeten. Mit herzlichem Parteigrüß Anton Pichler eh., Bruck a. d. M.“ (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Nennen Sie das Datum!“) „Für die Wichtigkeit der Abschrift. Graz, am 23. März 1920.“ (Landesrat Dr. Eisler: „Das ist ja das Datum der Abschrift, die Zuschrift ist aber vom Dezember und damals war der Kapp-Putsch in Deutschland.“ — Abgeordneter Leichin: „Damals sind Sie in Kroisbach mit Stahlhelmen und Maschinengewehren ausgerückt.“) Also, ich danke jedenfalls für das Entgegenkommen (Abgeordneter Schifko: „Das ist Arbeitermilitarismus und sonst gar nichts, sozialdemokratischer Terror.“ — Große Unruhe.), meine Herren, ich danke Ihnen für Ihr Entgegenkommen, in der Beziehung, daß Sie mir jetzt zwei Minuten zum Atemholen gegönnt haben. Ich könnte über diese Dinge noch Verschiedenes berichten. Ich will aber nur noch den Eisenbahnerstreik anführen, wo es sich gezeigt hat (Abgeordneter Leichin: „Daß die Arbeiter am Plake sind.“), daß Sie tatsächlich die Waffen haben. Bitte, über die Frage des Streiks selbst erlaube ich mir gar kein Urteil. Eine Schar von Arbeitern ist damals in das Munitionsdepot von Niklasdorf gekommen und hat dort die Herausgabe von Waffen erzwungen. (Abgeordneter Leichin: „Aber Ruhe und Ordnung ist aufrechterhalten worden.“ — Landesrat Resel: „War das vor dem Einbruch des Herrn Kratochwill in das Waffenmagazin in Gleisdorf oder früher, als Mitglied des Wehr- und Sicherheitsausschusses?“) Als Mitglied des Wehr- und Sicherheitsausschusses werde ich Ihnen gleich ein Schreiben vorlesen. Ich möchte mit dem Anführen dieser Dinge keine Sensation machen, sondern nur darauf hinweisen, was die Bauernschaft bewogen hat, wenn sie heute Waffen hat, sie zu nehmen. (Landesrat Resel: „Sie waren ja schon bewaffnet. Sie haben ja doch das Zirkular dazu in der Hand, den Beschluß der Landesregierung, worin genau gesagt ist, warum die Arbeiter Waffen haben sollen und warum sie sie verlangen.“) Herr Landesrat Resel, Sie können ja ganz ruhig darüber bleiben. Ich will den Gedanken zum Ausdruck bringen, daß der Bauer nachdenklich wird, wenn er solche Dinge sieht, wenn zum Beispiel am 24. Juni in Kapfenberg drei Züge von Arbeitern, allerdings unbewaffnet, ausgezogen sind und bei den Grundbesitzern Ramsauer einen Ochsen, bei Harrer zwei Ochsen und bei Weizen-

bisher zwei Ochsen requirierten, so dürfen Sie sich nicht wundern, wenn der Bauer, der ja anders denkt, sich vor derartigen Dingen schützt. (Abgeordneter Leichin: „In Judenburg haben sie solchen aufgeführt durch die Stadt geführt!“) Was für einen Ochsen? (Heiterkeit. — Zwischenruf: „Den Namen müssen Sie kennen!“)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich, um dem Herrn Kollegen Resel einigermaßen entgegenzukommen, folgendes Dienststück zur Kenntnis bringen. Eine Abschrift an den Landesbefehlshaber (liest):

„Der Vorstand des Arbeiterhilfskorps bringt zur Kenntnis, daß er die seinerzeit für die von ihm gebildeten Wehrbataillone gefassten Armatursorten und Munition vom Kommando des nunmehr in Liquidation befindlichen Wehrbataillons, Arbeiterhilfskorps, mit Zuschrift vom 28. April 1920 eingefordert und am 4. Mai ordnungsmäßig gegen Dokumentenwechsel übernommen hat. Die übernommenen Armatursorten mit Munition wurden für die vom Vorstand des Arbeiterhilfskorps mit genehmigenden Beschluß des Wehr- und Sicherheitsausschusses gebildeten Arbeiteralarmformationen bereitgestellt.“ (Landesrat Resel: „Das ist kein Geheimnis!“) Es sind also die Waffen des Arbeiterhilfskorps den Arbeiteralarmbataillonen übergeben worden. (Landesrat Resel: „Dazu haben wir ein Recht gehabt!“) Ich bitte, dazu hatten Sie als einzelnes Mitglied des Wehr- und Sicherheitsausschusses kein Recht. Ich muß nun wohl noch einige Worte über die Volkswehr sprechen. Sie wissen, daß ich öffentlich sowohl in Salzburg als auch in Wien mich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt habe, daß eine Verallgemeinerung zu verurteilen sei. Es ist falsch, wenn man die Volkswehr einen Sauhaufen nennt, aber ebenso muß ich Ihnen klar vor Augen führen, daß schließlich und endlich die ganze Volkswehr einen parteipolitischen Nebencharakter hatte und, meine Herren, das war selbstverständlich mitbestimmend für die Tätigkeit der Volkswehr. Wenn wir, meine Herren, bei dieser Sache sind, so möchte ich Ihnen, damit Sie sich beruhigen können, sagen, wie sich der Bauer dies vorstellt, wenn er wirklich Waffen in der Hand hat.

Unser Bauer denkt dabei daran nicht nur in erster Linie sein Haus und seinen Hof zu schützen, sondern die Allgemeinheit vor dem Umstürze zu schützen, und kein Bauer denkt heute an Reaktion. Das ist einfach Unsinn. Dazu möchte ich mir noch das eine zu bemerken erlauben: Wir haben keine geschlossenen Bataillone, keine Kompagnien in Züge eingeteilt, und dabei müssen Sie sich vor Augen halten, und ich habe das schon früher erklärt, es richten sich derartige Dinge von Seite der

Bauernschaft zuverlässig nicht gegen die ruhehaltende Arbeiterschaft. Aber eines ist sicher, in dem Momente, und das habe ich schon früher gesagt, wo eine Schwertkennung nach links vorkommt, dann geht es etwas schlimmer, dann gibt es Kampf bis aufs Messer (Landesrat Resel: „Nun, na, na, rücken Sie nur nicht gleich aus!“)

Ich muß mich bei dieser Gelegenheit noch mit anderen in der Generaldebatte angegebenen Gründen beschäftigen. Das eine ist die unrichtige Behauptung, welche bei Behandlung der Terrorfälle aufgestellt wurde, daß Zwangsorganisationen wirtschaftlich notwendig sind. Ich bitte, aber etwas darf nicht sein, daß Zwangsorganisationen auf das Gewissen gehen, daß sie jemanden, der anderer Ansicht ist, knebeln. Wir sind demokratische Republikaner, die Freiheit der Gesinnung ist die erste Voraussetzung einer Zeit, in der jede Druckzeile von dem Begriffe Freiheit trieft und Sie können überzeugt sein, und ich bitte, sich das zu merken, daß die Bauernschaft geschlossen hinter der christlichsozialen Organisation der Arbeiter steht. (Rufe: „Sehr richtig!“) Ich muß mich bei dieser Gelegenheit ganz energisch dagegen verwahren, daß man die christlichen Arbeiter als Stänkerer schmätzt und qualifiziert; es müßte denn sein, daß Sie einen Arbeiter, der zur Fronteichnamspartei geht, als Stänkerer hinstellen. Dann haben Sie allerdings recht.

Es wurde im Laufe der Budgetdebatte, ich weiß zwar nicht, wie das hereinkommt, wie der Pontius Pilatus im Credo, auch die Frage des Boykotts gegen Ungarn gestreift.

Ich bin nun gezwungen, dazu meine Stellung mitzuteilen. Der Boykott (Zwischenrufe: „Dieser wurde mit keinem Worte erwähnt!“) Ich bitte sehr, ich war vorsichtig und habe das Stenogramm durchgesehen. (Abgeordneter Leichin: „Wer hat gesprochen?“) Ich bitte in dem stenographischen Protokoll nachzusehen, da hat ein Mitglied Ihrer Partei bemerkt, die englische Arbeiterpartei nicht zu früh zu loben, weil sie eine der Hauptveranstalter der ungarischen Boykottbewegung war und sich in Gegensatz zur Reichswehr setzte.

Ich will Ihnen nur das eine sagen: „Sie haben uns in der Frage des Getreidekontingents in der letzten Zeit außerordentlich scharf angegriffen, auf der anderen Seite haben Sie aber den Boykott gut geheißert, der es unmöglich macht, den Bauern, die jenseits der Grenze Getreide haben, dasselbe einzubringen, so daß es verfaßt.“ (Abgeordneter Neufuß: „Die amerikanische Mission hat im vergangenen Monat 485 Waggon Mehl bekommen und da wollen Sie sagen, daß Ungarn in Hülle und Fülle Mehl hat; das ist eine Unwahrheit!“)

Meine Herren! Ich habe ja nicht gesagt, daß in Ungarn die Mehlwürmer zu Dutzenden herumspazieren, ich habe nur konstatiert, daß wir auf der einen Seite in der Frage des Getreidekontingents angegriffen wurden, während man auf der anderen Seite hergeht und den Boykott gutheißt, obwohl eine Masse Getreide, die uns gehört, über die ungarische Grenze nicht gebracht werden kann und zugrunde gehen muß. (Lebhafter Widerspruch.) Meine Herren! Wenn Sie noch einiges über den Boykott hören wollen, so werde ich noch darüber sprechen, aber ich glaube, es liegt im Interesse der Abkürzung, wenn ich mich nicht weiter darüber verbreite.

Meine Herren, und nun kurz zum Schluß. Wir leiden zweifellos unter einer gewissen Anarchie, und zwar deshalb, weil uns zum großen Teile die notwendige Exekutive fehlt. Es ist gelungen, die alte Armee zu zerstören, ohne etwas Vollwertiges an deren Stelle zu setzen. (Widerspruch.) Wir machen heute das interessante Schauspiel mit, daß diejenigen, die sich in der Vergangenheit als die schärfsten Antimilitaristen auspielten, heute Arbeiter-Marmabataillone, Kompagnien und Züge aufstellen und in den Dienst einweihen. Ich muß bei dieser Gelegenheit noch einen Punkt zum Schluß streifen und das ist der grundlegende Unterschied zwischen Ihrer und jener Partei, welche ich zu vertreten die Ehre habe.

Auf der einen Seite der Wiederaufbau auf rein materialistischer Grundlage, und auf unserer Seite die volle Überzeugung, daß ohne Heranziehung des Innenlebens ein Wiederaufbau nicht möglich ist. (Abgeordnete Tausk: „Was ist das Innenleben?“) Vielleicht haben Sie kein Innenleben. Nun, meine Herren, will ich noch das eine sagen, wir lehnen die Verantwortung, solange wir auf einem Posten stehen, nicht ab. Wir werden die Verantwortung auch vor unseren Wählern zu tragen wissen. (Beifall.) Ich muß aber auch Sie recht sehr bitten, die Verantwortung, die Ihnen in Folge Ihrer Stärke zukommt, auch auf sich zu nehmen. (Landesrat Resel: „Das brauchen Sie uns nicht zu sagen!“) Ich möchte das eine betonen, daß die Zeiten heute andere sind, daß das Drohen mit der Strafe heute bei uns nicht mehr zu ziehen vermag. (Landesrat Resel: „Wer hat gedroht? Sie reden von Dingen...“) ... die Ihnen nicht passen! (Heiterkeit und Beifall.)

Ich möchte nur den einen Wunsch aussprechen, daß sämtliche drei Parteien, welche im hohen Haus vertreten sind, bis zu der Zeit, wo das Volk entschieden haben wird, jenen Prozentsatz der Verantwortung auf sich nehmen, der ihr zukommt. Ich für meine Person kann Ihnen namens meiner Partei versichern, daß wir

uns dieser Verantwortung gerne unterziehen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.)

Landesrat Wastian: Hohes Haus! Der Gesundungsprozeß, den wir alle ersehnen, erfordert budgetäre Strenge und finanzielle Gewissenhaftigkeit, damit uns der letzte verschlingende Rutsch in den Sumpf erspart bleibe. Es fehlt deshalb auch auf dieser Seite des Hauses nicht das volle Verständnis für einen äußerst behutsamen Willensgang des Herrn Finanzreferenten. Wenn dieser auch dem Himmel näher steht, als die allermeisten Mitglieder des Landtages, so wäre doch nichts verkehrter, als dem lieben Gott die Sorge für die Bedeckung zu überlassen. Als oberstes Gebot müssen angesichts der galoppierenden Schwächung unseres Volkskörpers einfache Lebensführung, Sparsamkeit und Einschränkung stehen, denn unser Land ist selbsterständlich von dem ganzen Ernste und der vollen Wucht unserer Wirtschafts- und Finanzkrise erfaßt worden. Wir wissen ja alle, in welcher Lage sich der Staat nach dem katastrophalen Zusammenbruche unseres ehemaligen Wirtschaftsgebietes befindet: 12 bis 15 Milliarden Defizit, eine Schuldenlast von ungefähr 70 bis 80 Milliarden und ein die Grenzen des Erträglichen längst riesenhaft überschreitender Notenumlauf mit einer phantastischen Steigerung in jedem Monate. Was soll bei dieser Assignatenwirtschaft zu hoffen sein? Mit einem Gelde, dessen Weltmarktgeltung sich kaum auf vier Prozenten seines Nominalwertes erhalten kann, läßt sich nicht viel anfangen. Da erstirbt uns vom Schicksal gründlich abgestempelte Kronenfretern beinahe auch die Verträglichkeit auf die Erlangung von Kohle und Rohstoffen und auf den Veredlungsverkehr.

Der Voranschlag kann bei solchen Umständen nicht rothbackige Finanzen, sondern nur sehr hektisch aussehende Abschlüsse und einen unheimlichen Abgang bringen. Der Voranschlag wird, was in den Zeiterscheinungen begründet ist, auch davon außerordentlich beeinträchtigt, daß neben der Geldentwertung die allgemeine Warennot immer fühlbarer wird, weswegen eine anhaltende Hebung des Geldwertes zunächst nicht zu erhoffen ist, so daß auch der Weiteffiziente nicht imstande wäre, das tatsächliche Erfordernis der nächsten Zukunft auch nur annähernd festzustellen. Wenn die Kaufkraft des Geldes nicht feststeht, sondern sich vielmehr immer ändert, ist auch eine geordnete Wirtschaftsführung und verlässliche Berechnung nicht möglich. Wir können ja nicht einmal auf eine Woche hinaus im voraus den Preis einer Ware bestimmen; eine feste Preiskalkulation ist für den Handwerker, Kaufmann

oder Industriellen gegenwärtig ausgeschlossen. Die Finanzpolitik mündet aber immer in die allgemeine Wirtschaftspolitik ein, die jene durch zweckmäßige Gestaltung fördern oder durch schädliche Führung hemmen kann. Aufbau der Wirtschaft, Belebung des Produktionsprozesses, Arbeit, Arbeit, Arbeit und höchste Sparsamkeit, ein anderer Weg führt aus dieser grauenhaft irren, unheilbeladenen Zeit nicht ins Freie. Not und Vernunft drängen in gleicher Stärke nur nach dieser Richtung. (Zustimmung.) Jede Finanzordnung bleibt nur ein müßiges Spiel mit Buchungen und Zahlen, wenn nicht eine Gesundung des Produktionsprozesses, also der Wirtschaftsordnung, ihr vorangeht. Ohne Ordnung der Wirtschaft werden die Finanzen stets von neuem zerrüttet, und alles Weh und Ach des Landes kann nur aus diesem Punkte kuriert werden.

Eine Entlastung und die Möglichkeit weiterer Ersparungen muß uns die in einschneidender Weise durchzuführende Verwaltungsreform bringen, weil nach dem Ausbau der Verfassung Vereinfachungen eintreten und vor allem jenes kostspielige, die Arbeit vielfach erschwerende Doppelgeleise verschwinden wird, das aus der Zeit noch läuft, in der es eine Trennung in eine autonome und in eine landesfürstliche Gewalt gegeben hat. Personal wird sich dann ersparen lassen, wenn man der vielfach veralteten, schwerfälligen bürokratischen Arbeits Technik an den Leib rückt; in dieser Richtung muß eine vereinfachende Reform dringend not. Im organisch gegliederten sozialen Verwaltungsstaate müssen ausgelebte Formen der Vernichtung anheimfallen, um neuem Leben Raum und Luft zu schaffen. (Zustimmung.) Die Einnahmen des Landes waren seit jeher äußerst begrenzte und unzureichende; es muß mithin vor allem getrachtet werden, durch die neue Verfassung den Ländern bestimmte Steuergruppen und Einnahmen zu sichern. Während dem Staate beispielsweise der Ertrag der Monopole und Staatsbetriebe, die Einkommensteuer, Rentensteuer, Warenumsatzsteuer, Vermögenszuwachssteuer, Tabaksteuer und der überwiegende Teil der Gebühren zuzufallen hätten, sollten die Länder die Realsteuern beanspruchen und auch alle mit dem Realitätenverkehre zusammenhängenden Gebühren. Für die Bedürfnisse der Länder müßte vielleicht auch ein entsprechender Anteil an der Erwerbssteuer und an den indirekten Steuern in Betracht gezogen werden. Freilich muß trotz der starken Heranziehung aller Steuermöglichkeiten die finanzielle Lebenskraft der Industrie, des Gewerbes und Handwerkes, der Landwirtschaft und des Handels geschont werden, weil sonst alle Möglich-

keiten wirtschaftlicher Erholung schwinden würden. Der Steuerrekutor kann doch den produktiven Wirtschaftspolitiker nicht ersetzen; wir brauchen vor allem eine schöpferische Wirtschaftspolitik. Es muß, das möchte ich hier nebenbei ausdrücklich hervorheben, auch bei der endgültigen Beschlußfassung über die Vermögensabgabe ebenso getrachtet werden, daß der Mittelstand nicht so vernichtend getroffen wird, wie das von einem förmlichen fiskalischen Sadismus beabsichtigt zu sein scheint. Wir schulden dem Mittelstande als einem Träger der Kultur besondere Rücksicht, und er hat wahrhaftig ohnehin schon durch die Verhältnisse ausnehmend schwer gelitten. Einer Steuerzuchtigung, die bis ins Mark trifft, müßte er gänzlich erliegen. In diesem Zusammenhange glaube ich auch mich dankbar der steirischen Beamenschaft erinnern zu sollen, die als feste Säule der Ordnung, ungeachtet würgender Steuerungsnot, drückender Mittelstandsorgen und böser Schwierigkeiten so viel Selbstverleugnung, Verantwortlichkeitsgefühl und Spannkraft beweist. (Zustimmung.)

Das alte Mittel der Steuerentnahme wird übrigens zur Regelung unserer Finanzverhältnisse weitaus nicht reichen. Es sind daher dem Lande Kapitalbeteiligungen als ausgiebige Einnahmequellen zu empfehlen, um neben dem Abbau der Schulden die Erhaltung des budgetären Gleichgewichtes zu ermöglichen. Wir haben in dieser Hinsicht durch die Erwerbung eines maßgebenden Aktienbesitzes der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft den ersten hoffnungsreichen Schritt getan. Andererseits erübrigt dem Lande auch die unabweisbare Pflicht, den aus sattem bekannten Gründen hart um ihr Bestehen ringenden industriellen Erwerbsunternehmungen durch seine Machtmittel jede nur irgend mögliche werktätige Hilfe angedeihen zu lassen. Das Wohl unserer Arbeiterschaft hängt daran. Ich streife hier nur die Eisenerzeugung und ihre Verarbeitungsindustrien. Für uns Steirer ist doch dieser Wirtschaftszweig ein hochwertiger Vermögensbestandteil. Die Erzförderung ist nun auf einen Tiefstand gesunken, der vier Jahrzehnte lang nicht zu verzeichnen war, und die Roheisenproduktion beträgt mit rund 600.000 Meterzentnern kaum ein Zehntel der Höchstziffer während des Krieges. Und trotz den beängstigenden wirtschaftlichen Erscheinungen kann man bei uns allenthalben sehen, wie auch der letzte Rest an Kraft in Gezänk und Genußtaumel verpraßt wird. Während ein Hochofen nach dem andern ausgeblasen worden ist, arbeitet die Notendruckerei dauernd mit Nachschichten.

Meine Damen und Herren! Mit Begreine und Gekanke über das, was geschehen ist, fragen wir nicht einen einzigen Stein zum Wiederaufbau bei, lassen wir daher lieber die Vergangenheit ruhen, ohne damit jenen eine Absolution zu erteilen, die Schuld an unserem Unglücke sind, und richten wir den vollen und klaren Blick in die Zukunft. (Landesrat Resel: „Sie haben kein Recht, so zu sprechen, Sie haben zum Wiederaufbau auch nichts beigetragen!“) Ich habe mich dessen auch nicht prahlerisch gerühmt. Jeder tut halt, was er vermag. Ich weiß nicht, was es mit diesem Zwischenrufe für ein Bewandnis hat, aber es schaut nie gut aus, wenn man nur sich selber für einen Gralsritter und jeden Andersdenkenden für einen politischen Don Quixotte oder gar für einen schlimmen Strauchritter hält. Die Herren Sozialdemokraten machen sich's eigentlich sehr einfach: sie zerlegen die Bevölkerung durch einen simplen Strich in einen Schandteil der Bürgerlichen und Bäuerlichen und in einen glorreichen Teil der echten, volksgetreuen Republikaner, etwa wie man auf altitalienischen Bildern links die Hölle der Verdammten, rechts den Himmel der Tugendhaften sieht. So wird die vielfach von unrichtigen Glücksvorstellungen erfüllte Masse in einen der Gesamtheit höchst gefährlichen Imperialismus der angeblich Entertänen hineingetrieben. Und wir sollen doch Brücken bauen, nicht Schützengräben ziehen und Drahtverhaue aufrichten! Auch im bürgerlichen und im bäuerlichen Lager ist man durchaus nicht blind gegenüber den vielen sozialen Krankheitsercheinungen; auch wir werden nie den ungeheuren Wert jener Saat verkennen, der aus der sozialpolitischen Durchackerung unseres Lebens entspringt. Auch bei uns ist genug gesunder Wille vorhanden, um trotz harten Erschütterungen tiefdringende sozialpolitische Neugestaltungen auf unseren alten Kulturboden pflanzen und mit ihm durchgreifend verwachsen zu lassen. Das Bürgertum und die Bauernschaft werden aber alle Parteiunterschiede vergessen, wenn kommunistische Trivolitäten oder gar die Wogen des auflösenden Bolschewismus diesen Kulturboden zu vernichten drohen. Der Frühling sprengt, um sich durchzusetzen, niemals den Winter mit Dynamit in die Luft. Langsam bemächtigt er sich des Bodens, und eines schönen Tages sind die winterlichen Spuren verschwunden. (Zustimmung.) Aus Zerstörung an sich geht niemals neues Leben hervor.

Wir müssen den wirtschaftlichen wie kulturellen Aufstieg arbeitender Klassen umso lebhafter begrüßen, weil doch aus ihm bedeutende nationale Werte unserem Gesamtvolke erstehen. In diese große Volksgemeinschaft gehören wir, und in sie werden wir trotz allem

und allem doch eingehen, um der Vergewaltigung durch den Schmachtfrieden und dem Siechtum eines verkrüppelten Staates zu entkommen. Bei einsichtigeren Ententestaatsmännern dämmert doch schon die Erkenntnis auf, daß die Verträge von Versailles und St. Germain sehr änderungsbedürftig sind. Die Stunde für unseren Heimweg ins große Vaterhaus ist gekommen, mag auch eine schwierige Wegstrecke noch zurückzulegen sein, die wir natürlich tagtäglich auch in der Landesverwaltung mit eindringender Schärfe verspüren werden.

Ich meine, verehrte Damen und Herren, daß nur die Interessengemeinschaft aller werktätigen Staatsbürger die Volksschichten aneinanderschließen kann. Nicht im Zeichen des Klassenkampfes wird man die Besserung unserer Volkswirtschaft erreichen können, sondern nur im Zusammenwirken aller redlich arbeitenden Menschen, denn letzten Endes ruht das Gedeihen jedes Einzelnen nur im Wohle des Ganzen. Die Arbeit für die Zukunft ist überdies so groß und schwer, daß sie nur, ungehindert durch Haß und innere Versteifung, durch die Zusammenfassung aller guten und willigen Kräfte bewältigt werden kann. Im 18. Jahrhundert hat die religiöse Toleranz die Duldung der Glaubensbekenntnisse erwirkt, die politische Toleranz hat im 19. Jahrhundert die Gleichberechtigung der Parteien durchgesetzt; nun soll im 20. Jahrhundert die soziale Toleranz, die gesellschaftliche Duldsamkeit, dieses Werk der Ausgleichung und Menschenwürde krönen, sie soll das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit herstellen und die inneren sozialen Feindschaften überwinden.

Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt es auch einen entschiedenen sittlichen Kampf zu führen, der sich gegen alle unsere ureigensten Verfehlungen und Verirrungen kehrt. Vor allem muß der allgemeine Zug zum rücksichtslosen Verdienertum, zur skrupellosen Konjunkturenjagd gehemmt werden, unter dem alles dem Pesthauche der Korruption preisgegeben ist. Diese Lasterhaftigkeit, die sich öffentlich mit ihren Erfolgen bläht und brüstet, hat das Schämien längst verlernt, hat einen Verfall in den Sitten, eine Verlotterung des Lebens durch Leichtsinns und einen vergrößerten Luxus mit sich gebracht, der nicht mehr Veredelung und Verbesserung des Lebens bedeutet, sondern der nur durch seine Geldtasche zeigen will, daß ihm jeder Genuß zugänglich ist. Die Erstarrung und Verödung des Lebens, die Überwältigung der Seele durch den rechnerischen Verstand hat uns in eine mechanistische Zeitepoche gebracht, deren Wirkungen für die Moral vernichtend sein müssen.

Es genügt nicht, daß die Verhältnisse reif sind, auch die Menschen müssen reif sein für die Arbeit unter den neuen Verhältnissen. Diese Reife kann aber wohl nur unter dem Gebote „nicht rasten, nicht hassen“ durch sanfte Übergänge in allen Entwicklungsstufen erreicht werden. Wenn wir heute nach der Reife der Menschen für die von uns allen gewollte Demokratie ausschauen, so sehen wir, daß uns die gegenwärtige Zeit herzlich wenig davon bringt. Alle Kultur und Zivilisation nützen auch nichts ohne die tiefe, im Menschen jetzt arg verschüttete Güte; diese aber kann nur gehoben werden durch die Erziehung zur ehrlichen Arbeit aller am Gemeinwohle, mit der man natürlich schon das Herz der Jugend innig vertraut machen muß. Wir brauchen Güte und Pflichttreue, wir brauchen eine feste Anlehnung an sittlich-autoritäre Gewalten und müssen uns losringen von Haß und Bereicherungssucht. Auch unsere parteimäßige Polemik erfordert, wenn sie nicht die Quelle von Reibungen und Verstimmungen werden soll, gegenseitigen Takt und gegenseitiges Vertrauen. Womit ich keineswegs gesagt haben möchte, daß alle nur auf der sanften Flöte der Gefühle blasen dürfen, denn Menschen, die sich nicht empören können, sind wie Frauen, die nicht mehr zu ertönen vermögen. Das wäre moralische Erschlaffung. Für uns ist die innere Beruhigung dringend nötig, damit dieses schwerkranke Land seine Wunden pflegen, damit es, frei von den immer wiederkehrenden Störungen, sich erholen und durch fleißige Tätigkeit seine Schaffenskraft erneuern kann. Erlangen wir den Geist einer solchen Stetigkeit nicht, dann werden uns die Stürme hinwegfegen.

Meine Damen und Herren! Auf die Dauer kann meines Erachtens ein Volk sich selbst nur durch sittliche und geistige Mächte vor dem Verderben helfen und aus dem Elend aufrichten; den Neuaufbau kann man eben nicht kinematographenartig beschleunigen und ohne Rücksichtnahme auf die Vergangenheit, auf das Bestehende herbeizwingen. Alle großen und entscheidenden Veränderungen gehen ursprünglich vom Geiste aus, das Politische und das Wirtschaftliche folgen dann nach. Die seelischen Gestaltungen, die dem Leben bisher inneren Halt gegeben haben, sind jetzt überall zu Tode getroffen, so daß der Bolschewismus, der extremste Ausdruck dieses Sachverhaltes, seine Henkerarbeit leicht verrichten kann. Der Geist ist verflacht, die Seele zerseht, die Sittlichkeit verflüchtigt. Nur eine Neuformung des inneren Menschen vom tiefsten und besten Willen her kann das Verhängnis wenden. Die sittliche Freiheit bedeutet innere Bindung; nur eine solch innerlich gebundene Freiheit kann Grundlage des Staates sein. Unbedingte, schrankenlose Frei-

heit, wie sie Spartakus predigt, führt zur Auflösung jeder Form, zum Chaos und Untergang. Befehl und Gehorsam sind die Voraussetzungen für alles staatliche Leben. Wo das Ansehen des Staates und dessen Autorität und Ordnung verschwunden sind, muß alles zusammenbrechen. (Zustimmung.)

Und nun gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich mich noch einer Frage zuwende, die uns tief bewegen muß, der Grenzfrage. Es ist noch nicht genug, daß uns der Friede von St. Germain eine Grenze aufzwingt, die wie ein blutiger Hohn anmutet angesichts des früher so verlockend verkündeten Grundsatzes der völkischen Selbstbestimmung, eine Grenze, die Tausende von guten Deutschen in den schönen Gauen der Südsteiermark von uns losreißt und jahrhundertelange wirtschaftliche Zusammenhänge mit brutaler Hand zerschneidet. Eine Grenze wird uns auferlegt, von der nur zweifelhaft sein kann, ob sie mehr der völligen Sachunkennntnis oder dem bösen Willen ihre Entstehung verdankt. Und nicht einmal in dem verzweifelt engen Rahmen, den uns der Friede gezogen hat, können wir unser Recht finden. Heute, mehr als anderthalb Jahre nach der Beendigung des Krieges und bald ein Jahr nach der Unterfertigung des Friedens von St. Germain halten die Jugoslawen noch immer die deutsche Stadt Radkersburg und ihre Umgebung, das deutsche Spielfeld, den Knotenpunkt des Bahnverkehrs im Süden der Steiermark, und außerdem weites deutsches Land im steirischen Westabschnitte besetzt. Nicht einmal das Eintreffen der bisher entsandten internationalen Räumungskommission hieher hat sie vermocht, das unrechtmäßig festgehaltene Gebiet herauszugeben. Und es ist vielleicht gut so. Die Entente soll sehen, wie der Staat beschaffen ist, dem zuliebe sie unseren guten deutschen Boden zerseht hat, sie soll sehen, wie der Staat aussieht, der darangeht, mit allen Mitteln der List und Gewalt diejenige Kultur zu vernichten, die sich hier in jahrhundertelanger Arbeit durch Urbarmachung des Landes, durch Gründung blühender Städte und Märkte und durch die Abwehr feindlicher Einfälle aus dem Osten das volle Recht auf Bodenständigkeit erworben hat. Sie soll sehen, was es heißt, den Balkan bis nach Spielfeld, ins Herz Mitteleuropas, zu verpflanzen. Anderthalb schwere Jahre hat unser Volk geduldet, hat die Stadt Radkersburg, haben die Gemeinden Schloßberg, Glanz und Soboth alle Verge- waltungen und wirtschaftlichen Schädigungen jeder Art über sich ergehen lassen, hat die Bevölkerung des unferen Murtales stundenlang in Wind und Wetter zu Fuß wandern müssen, weil es den Jugoslawen beliebte, den Bahnverkehr Österreichs in unserem, uns

nach dem Frieden zugesprochenen Gebiete an seinem wichtigsten Knotenpunkte Spielfeld zu drosseln. Nun ist nach so vielen Leiden durch Taten des Unrechtes und der Gewalt die so lange betätigte Geduld erschöpft; jetzt mit dem Inkrafttreten des Friedens muß es anders werden, wenn die schwersten Verwicklungen vermieden werden sollen. Es ist eine Ehrenpflicht der Entente, ihr Wort einzulösen und Radkersburg zu befreien. Wir müssen aber auch nachdrücklichst darauf bestehen, daß gleichzeitig Spielfeld und das steirische Westgebiet geräumt werden. Nicht minder haben wir dafür vorzusehen, daß alsbald nach der Befreiung die Fürsorge der österreichischen Verwaltung beginne und daß alles geschehe, um die schweren wirtschaftlichen Schäden, die die Bevölkerung des Grenzgebietes erlitten hat, wieder gutzumachen. Bei meinen zahlreichen Vereisungen im Grenzgebiete bin ich oft mit den Vertretern der so schwer heimgesuchten Gemeinden zusammengekommen, und ich muß sagen, eine Bevölkerung, die alle Beschwerden so standhaft trägt und so treu festhält an der Heimat und am Volkstum ihrer Väter, die verdient es, daß wir alles tun, um sie für das Erdulden zu entschädigen und um ihr durch die Tat zu zeigen, wie sehr wir uns mit ihr eins fühlen. Ich möchte darum an alle Mitglieder des hohen Landtages, welcher Partei immer sie angehören mögen, die dringende Bitte richten, unseren Grenzfragen, dieser Ehrensache des deutschen Volkes und unseres Landes, ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen und unter Zurückstellung aller Unterschiede auf das Wohl des Grenzlandes bedacht zu sein. (Zustimmung.)

Binnen wenigen Wochen, ja vielleicht Tagen wird auch die internationale Kommission zusammentreten, der die nähere Bestimmung der im Friedensvertrage im allgemeinen festgesetzten Grenzen gegen Jugoslawien obliegt. Von ihr erwarten wir, daß sie sich an Ort und Stelle von den Verhältnissen, wie sie wirklich sind, überzeugen und alles tun werde, um die schweren Unbilligkeiten, die der Friede uns auferlegt hat, einigermaßen zu mildern. Die Entente würde sich selbst Lügen strafen, wenn sie einem Staate, der durch das Völkerrecht ihrer Gewalt ihre ureigenste Schöpfung ist, dasjenige verweigern wollte, wessen er zur bescheidensten Fristung seines Lebens bedarf. Wenn ich nur das Abfaller Becken erwähne, diesen blühenden deutschen Gau, der mit seiner stammesbewußten Bevölkerung auch wirtschaftlich und überdies seinen Verkehrswegen zufolge zu uns gehört und dessen Bodenertrag für die Approvisionierung unserer Städte und Industriegebiete unentbehrlich ist, so habe ich eine unserer schmerzlichsten Wunden berührt. Hier muß

uns Gerechtigkeit zuteil werden, wenn nicht ein dauernder Herd der Unruhe, eine Quelle beständiger Feindschaft entstehen soll. Auch heute richtet sich über all das hinaus mein Blick auf das liebliche Hügelland der Windischen Bühel und aufs Tal der Drau, wo sich am Fuße des Bachern unser liebes deutsches Marburg erhebt. Soll diese Stadt, eine uralte Stätte westländischer Kultur, nicht umsonst Markburg genannt, uns für alle Zeit verloren sein? Sollen ihre freundlichen Straßen für immer widerhallen von dem Rufe serbischer Kommandanten, soll dort der Triff serbischer Opaken dauernd heimisch bleiben? Soll diese blühende deutsche Siedelung für immer einem wesenfremden Staate unterworfen werden, sollen uralte Verkehrswege zerrissen bleiben, nur um des krassen südslawischen Imperialismus willen? Die Geschichte wird einst darauf die Antwort geben! Nie und nimmer werden aber wir, solange noch ein feines Volkstum bewußter Deutscher lebt, den Gedanken an alle uns entrissenen Brüder und Schwestern aufgeben, denn sie bleiben doch in engem Zusammenhange mit dem Wurzelwerk der Gesamtnation. Nie werden wir der Leiden jener ehemaligen steirischen Landesbrüder und Landeschwestern vergessen, die jetzt keine Heimat mehr haben und wie verirrte Kinder sich zur Mutter sehnen und an ihr Herz zurückverlangen. Doch die deutsche Kultur läßt sich nicht in das Prokrustesbett von St. Germain zwingen, darum werden wir an der Drau und weiter unten immer noch unsere aufrechten Vorposten haben. Dem Grenzbureau in Graz, insbesondere seinem Leiter, dem Herrn Hofrat Dr. Glanz, sind wir herzlich dankbar für die tiefdringende und umfangreiche Arbeit, die sich in steter Fühlungnahme und in lebendigem Zusammenhange mit Land und Leuten während einer monatelangen, mühseligen Wirksamkeit zu einer tüchtigen Rüstung für die endgültige Entscheidung entwickelt hat. (Beifall.)

Und nun, meine verehrten Damen und Herren, am Schlusse meiner Darlegungen angelangt, möchte ich die kulturpolitische, rein menschliche Erfassung unseres Zeitproblems, die ich mir im Laufe meiner Rede angelegen sein ließ, noch einmal aufzeigen und anklingen lassen, weil wir den völligen inneren Zusammenbruch zu überwinden haben, ehe wir hoffen dürfen, den äußeren zu heilen. Wir brauchen Männer, die gut wirtschaften und verwalten können, die aber auch jene wilden Triebe zurückzudämmen vermögen, die alle inneren deutschen Lebenswerte zerstören. Natur, Heimat und Volkstum stellen neben den Gefühlsmächten starke Wurzelkräfte dar, und aus ihrer anerkannten und gepflegten Eigenart erwachsen uns die festesten Stützen.

Unser Volk ist in seinen sittlichen Grundfesten schwer erschüttert, jagt nach Genuß und Gewinn, lauscht nur gierig auf die Verkündigung neuer Heilslehren und will nichts hören von Opfern, vom Sichbescheiden und von der Hochzüchtung der Willenskraft. Wir müssen, da das Zeitproblem in höchstem Maße ein sittliches ist, anknüpfen an die in unserem Volke gewordene Ethik, und diese kann keine andere sein, als die christlich-germanische Weltanschauung, die über ein Jahrtausend Gesetz, Wirtschaft und Kunst in unseren Landen durchdrang und auch andere Nationen vielfach bereichert hat. In ihr haben wir die Grundlagen für Ordnung, Recht und Aufbau zu suchen, damit wir am deutschen Wesen wieder genesen können. (Zustimmung.) Nur dann wird der starke Glaube derer, die von der vielerproben Tüchtigkeit unserer schaffenden Frauen und Männer aller Schichten zuversichtlich eine Besserung erwarten, nicht beschämt werden. Dann muß der Tag kommen, an dem man voll froher Erwartung im Zeichen der sittlichen Freiheit und des sozialen Rechtes sagen darf: unser grausam gepeinigtes Volk, das heldenhaft durch so viele schwere Erlebnisse gegangen ist, war schließlich doch größer als sein Unglück. (Lebhafter Beifall.)

Landesrat Machold: Im Verlaufe der Tagung des Landtages, speziell im Verlaufe der Generaldebatte, haben meine Kollegen Ressel und Dr. Eisler Gelegenheit gehabt und gefunden, auf die wichtigsten Probleme, die uns beschäftigen, in großen Umrissen einzugehen. Es obliegt mir nunmehr, auf die verschiedenen Ausführungen und Meinungen der einzelnen Redner in der Debatte zurückzukommen. Ich fühle mich umsomehr bemüht, zu einigem in der Debatte Vorgebrachten Stellung zu nehmen, nachdem es Dr. Eisler, der in eine Versammlung außerhalb von Graz gehen mußte, nicht möglich ist, auf die Ausführungen des Vorredners, des Herrn Abgeordneten Wastian und des Dr. Alhrer, zu antworten. Dr. Alhrer ist einigermaßen im Irrtum, wenn er annimmt, daß wir bei Errichtung des Landeswirtschaftsamtes der drängende Teil gewesen sind. Das Landeswirtschaftsamt ist nicht ausschließlich über Drängen der Sozialdemokraten ins Leben gerufen worden. Es ergab sich aus dem Zwange der Verhältnisse. Ich glaube, wenn wir heute dieselben Zustände wie dazumal hätten, so würde auch nichts übrig bleiben, als zu versuchen, im gemeinsamen Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte die wirtschaftlichen Fragen so zu regeln, wie wir sie zu regeln versucht haben. Daß selbstverständlich eine gewisse Parität verlangt worden ist, ist zutreffend.

Es ist richtig, wir haben — und das hat schon mein Herr Kollege Dr. Eisler ausgeführt und hat es mit

Nachdruck festgestellt — uns nicht zu scheuen, die finanzielle Verantwortung zu übernehmen und wir fragen sie willig für all' das, was wir im Wirtschaftsamt getan, wofür wir gestimmt und wozu wir beigetragen haben. Ich glaube sagen zu können, daß auch der andere Teil — unsere bisherigen Partner am Regierungstische — diese Verantwortung, diese Lasten zu tragen vermögen, zumindestens für ihren Teil. Dr. Eisler hat der christlichsozialen Partei keinen Vorwurf gemacht nach der Richtung, daß sie innerhalb der Koalition ihre Pflichten nicht erfüllt hätte, sondern er hat nur festgestellt, daß der Erfolg ihrer Pflichterfüllung ausgeblieben ist und diese Tatsache können Sie nicht von der Hand weisen. Der Zweck der Koalition waren rein wirtschaftliche Gründe und es ist unrichtig, wenn man annimmt, daß derzeit die Koalition in Trümmer gegangen ist aus parteipolitischen Beweggründen. Sie ist in Trümmer gegangen aus rein wirtschaftlichen Momenten. Wir haben uns zusammengefunden, nämlich der eine Teil, das waren wir, in der Hauptsache in der festen Überzeugung, daß wir nur dann lebensfähig werden können, daß es nur dann gelingen wird, dieses verarmte Land wieder aufzurichten, wenn Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird. Wir haben diesen schweren Teil der Aufgabe übernommen, um allen denjenigen, die draußen in den Industrien, in den Unternehmungen stecken, die bei der zumeist sehr großen Unterernährung nicht die entsprechende Bekleidung, Beschuhung, Wohnung usw. haben, auseinander zu setzen, daß es eben noch nicht anders geht, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, wo es ihnen besser gehen wird, daß es aber ihre Pflicht ist, mitbeizutragen an der Erhaltung des Staates dadurch, daß sie die ihnen zugewiesene Arbeit gewissenhaft erfüllen. Dies ist uns auch mit ganz wenigen Ausnahmen gelungen und es kann im allgemeinen konstatiert werden, daß vielleicht mehr als in anderen Ländern in Steiermark Ruhe und Ordnung geherrscht hat und daß sich die Arbeiter zurückgefunden haben aus dem Chaos, daß sie ihre Pflicht getan haben, die sie im Staate zu erfüllen hatten. Wenn ich das konstatiert habe und zugleich konstatiere, daß das, was wir vom anderen Teil der Koalition gehalten und uns verhofft haben, nicht eingetreten ist, so will ich damit keinen Vorwurf aussprechen, denn ich weiß es ganz gut, daß sich die christlichsoziale Partei mit all' ihren Kräften bemüht hat, die Bauern dazu zu bewegen, auch ihre Pflicht dem Staate gegenüber zu erfüllen. Aber, meine sehr Verehrten, Sie sind in die Bauernversammlungen gegangen und haben ihnen alles auseinander gesetzt, jedoch der Erfolg hat die Arbeit nicht

gelohnt. Sie mußten immer und immer wieder sehen, daß all diese Arbeiten, Meinungen und Lehren, diese Bemühungen gescheitert sind, daß man wohl in den Versammlungen und Sitzungen anerkannt hat, daß die Bauern die Pflicht haben, ihr Teil beizutragen, aber selber haben die Bauern schließlich und endlich doch nichts getan, sie haben ihr Teil nicht beigetragen. Nun hat Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer die Getreidewirtschaft in erster Linie herangezogen und hat im Zusammenhange mit dem jetzt von der Nationalversammlung beschlossenen Getreidewirtschaftsgesetz es als Erfolg hingestellt, daß dieses Gesetz in diesem Sinne zum Beschluß erhoben worden ist. Meine Herren! Sie werden noch Ihre blauen Wunder erleben über die Wirkung Ihres Gesetzes. Sie werden dann finden, daß genau so, wie die Viehaufbringung zusammengebrochen ist, — das Einzige, was die steiermärkischen Bauern leisten konnten, wenn sie wollten — genau so wird die Getreidebewirtschaftung zusammenbrechen, und zwar deshalb, weil Sie sie gestellt haben auf den persönlichen Willen jedes Einzelnen. Ich kann Ihnen heute schon verlässlich prophezeien, daß alle diese Kundmachungen, die Sie hinausgeben, die Sie vom Stapel lassen, und wo Sie die Bauern auffordern, ihr Kontingent zu liefern, erfolglos bleiben werden. Diese Kundmachungen stehen alle auf dem Papier, wir werden das beschlossene Gesetz haben, aber die Konsumenten, die nicht in der Lage sind, übermäßige Wucherpreise zu bezahlen, werden von diesem Gesetze jedenfalls nichts haben.

Im Zusammenhange damit möchte ich unseren Standpunkt in der Getreideaufbringung nun kurz zeichnen. Wir waren in Steiermark die Ersten, die mit dem sogenannten Kontingentierungssystem angefangen und die Sache auf den Standpunkt gestellt haben, wenn die Landwirte ihr gewisses Kontingent abgeliefert haben, dann soll man über das andere eine anderweitige Verfügung treffen und sie sollten nicht gezwungen sein, es den verhassten Zentralen im Staate abzuliefern. Mit dem System haben wir in Steiermark eingesetzt, wenn auch noch überall die verhassten Zentralen vorhanden waren. Wir sind nicht Anhänger einer übermäßigen Kontingentierung gewesen und das steht im Zusammenhange mit den Ausführungen des Herrn Kollegen Hartleb vom vorgestrigen Tage, wo er gesagt hat, sie seien für ein bescheidenes Kontingent. Auch wir haben nie mehr verlangt, weil wir kein Interesse daran haben, daß den Bauern alles abgenommen wird. Diesen Standpunkt haben die vernünftigen Konsumentenvertreter niemals eingenommen. Nun erinnere ich Sie daran, daß in der Zeit des Krieges gerade Ihr Herr Stocker dazu beigetragen

hat, daß alles im Lande ausgefogen wurde und daß der Landwirtschaft viel mehr abgenommen wurde als in anderen Ländern. Ich erinnere Sie daran, daß Ihr Herr Stocker, Ihr Herr Peter zu dieser Zeit im Kulturinspektorate gewesen sind (Widerspruch bei den Bauernbündlern.), wo man unter dem militärischen Zwange festgestellt hat, was ein Land zu liefern in der Lage ist. Damals wäre es die Sache dieser Herren, der Herren Ihrer Partei gewesen, nachzuweisen, daß die steiermärkische Landwirtschaft nicht in der Lage ist, das zu liefern, was das Militär verlangt hat. Sie haben sich aber damals nicht nur gefügt, sondern haben sogar noch willige Ratschläge gegeben. Wir haben damals Mengen zu liefern bekommen, wo jeder Laie gesehen hat, daß sie in Steiermark nicht aufzubringen sind. Damals wäre es an der Zeit gewesen, aufzutreten, aber damals konnte man nicht so frei reden, wie Herr Hartleb heute im Landtag gesprochen hat. Damals mußte man vorsichtiger sein, damit man nicht einberufen wurde. Damals waren ja viele dieser Herren, und ich sage mit Recht, enthoben. Man mußte vorsichtiger sein, und damals hat man die Interessen der Landwirtschaft in Steiermark nicht gewahrt. Wir Konsumentenvertreter waren es, die darauf hingewiesen haben, daß in anderen Ländern die Kontingente viel niedriger festgesetzt worden sind. Die Vertreter der Landwirtschaft in anderen Ländern haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß je niedriger sie das, was das Land abzuliefern in der Lage ist, festsetzen, desto mehr der Staat geben muß. Zu dieser Zeit hat man in Steiermark den fischen Kerl gespielt und hat gesagt: „Steiermark kann das und das abliefern.“ Und so ist es gekommen, daß wir 2400 und 2600 Waggons abliefern mußten und Sie haben dagegen keinen Einspruch erhoben, im Gegenteil. (Abgeordneter Schrekenthal: „Das ist ja nicht richtig!“) Herr Kollege, wir haben diese Zeit alle mitgemacht und ich weiß genau, wie diese Geschichten gekommen sind. Kein Mensch hat sich getraut, etwas zu sagen, dagegen aufzutreten, nur die bescheidenen Konsumentenvertreter haben darauf hingewiesen, daß, je höher das Ablieferungskontingent wäre, um so geringer die Zuschüsse der Regierung sein würden, die dem Lande gegenüber zu leisten sind. So ist es gekommen — die Herren Peter und Stocker waren doch die Vertrautesten der Vertrauten des Statthalters (Widerspruch bei den Bauernbündlern.) — daß wir während der Kriegszeit weit größere Lasten auf uns nehmen mußten in der Ernährungsfrage, als andere Länder. Wir aber haben Monate lang gar kein Mehl gehabt, weil nichts aufgebracht werden konnte, da man in Wien diese

Bemessungsgrundlage angenommen hatte. Deshalb mußte unsere Bevölkerung leiden.

Nun, meine Herren, wenn ich heute sage, das Kontingent solle so festgestellt werden, daß es auch abgeliefert werden kann, so ist das der Standpunkt, den ich von jeher anerkannt habe. Aber es ist bei den Beratungen des neuen Getreideaufbringungsgesetzes ein solches Kontingent festgesetzt worden, daß es gut ist, die merkwürdige Haltung der christlichsozialen Partei hiebei etwas zu unterstreichen. Es besteht beim Staatsamte für Volksernährung eine Wirtschaftskommission, in der ich seinerzeit, solange ich noch im Landeswirtschaftsamte war, zusammen mit dem Herrn Landesrat *Tauschmann* gesessen bin. In dieser Wirtschaftskommission wurde nun im Einvernehmen aller Vertreter der Landwirtschaft das Getreideaufbringungs-gesetz in der Form ausgearbeitet, wie es dem Parlamente zugegangen ist. Alle Mitglieder der christlichsozialen Partei haben Gelegenheit gehabt, alles das, was sie in Fachkreisen und im Subkomitee gesagt haben, auch im Parlament zum Ausdruck zu bringen. Sie haben sich dort mit diesen Preisen nicht nur einverstanden erklärt, sondern haben direkt verlangt, daß das Überkontingent an die landwirtschaftlichen Genossenschaften abgeliefert werden soll, und wir sehen dann die merkwürdige Haltung im Parlament. Dort haben diese Mitglieder der christlichsozialen Partei dem Anfrage der Wirtschaftskommission ihre Zustimmung nicht erteilt, und zwar weniger aus wirtschaftlichen als aus parteipolitischen Gründen. (Abgeordneter *Leichn*: „Aus Furcht vor Konkurrenz!“) Aus Rücksicht auf die Wahlen haben sie über Diktat der Bauernbündler das verfügt und haben das, was gut war und auch im Subkomitee gut befunden wurde, verworfen. Auch der christlichsoziale Abgeordnete *Parrer* — jedenfalls ein sehr einsichtsvoller Vertreter und Mitglied der Partei — hat sich diesem Veto gefügt und hat die eigenen Bauern im Stiche gelassen. Unsere Haltung, die Haltung der Konsumenten und die meinige war von vornherein im Subkomitee dahin gerichtet gewesen, den Standpunkt, den auch der Herr Abgeordnete *Hartleb* eingenommen hat, zu vertreten. Sie haben es dahin gebracht, daß das Kontingent für Steiermark heruntergedrückt wurde.

Im Interesse der Produzenten, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß der steirischen Landwirtschaft auch soviel übrig bleiben muß, um auch die Viehwirtschaft in die Höhe zu bringen, und nur darum wurde nun das Kontingent in einer so bescheidenen Menge bemessen, daß man von einer Ablieferungspflicht beim Getreide überhaupt nicht mehr reden kann. (Abge-

ordneter *Schreckenthal*: „Verzichten Sie darauf!“) Wir könnten darauf ganz verzichten, wenn wir ein Land wären wie Oberösterreich oder wie Niederösterreich, wo die Getreidewirtschaft eine ganz andere ist wie bei uns, wo es darauf ankommt, daß sie dem Staate etwas geben, und wenn wir es nicht machen, machen es die anderen auch nicht. Dieses ganze Getreidekontingent beträgt 300 Waggon Getreide. Wenn Sie sich nun vorstellen, daß wir in einer Woche in Steiermark 200 Waggon Mehl konsumieren, so können Sie sich die Wichtigkeit der Landwirtschaft auf dem Gebiete der Getreideablieferung vor Augen halten; was wir zu bekommen haben ist gleich Null, es spielt keine Rolle. Während des Krieges haben Sie auch mehr abgeliefert, Sie mußten auch mehr abliefern, da das Militär dahinter war und weil dieses immerhin einen gewissen Zwang auszuüben in der Lage war.

Meine Herren! Ich sage, die Getreidewirtschaft bei uns im Lande spielt keine entscheidende Rolle, aber wenn man bedenkt, daß das Getreidemehl, welches wir vom Auslande von Staats wegen beziehen müssen, doch immerhin noch um einen bedeutend höheren Preis abgegeben werden muß, so können wir nicht darauf verzichten, daß das, was im Lande aufgebracht wird, lediglich dem Wucher und Schleichhandel zugewiesen wird, und das, meine Herren, werden wir durch die neue Getreideaufbringung vollinhaltlich erreicht haben. Heute steht die Sache so: Es wurde beschlossen, daß, wenn der Bauer seiner Ablieferungspflicht entsprochen hat, so kann er mit dem anderen Getreide machen, was er will. Das ist eine sehr weitgehende Sache. Schon mit unseren jetzigen gesetzlichen Einrichtungen hat man nichts machen können, sie werden niemals in der Lage sein, eine Kontrolle nach der Richtung zu üben; denn es wird ihm sehr leicht gemacht, dem Gesetze ein Schnippchen zu schlagen. Geradeso wie bei der Viehaufbringung. Ich bin überzeugt, daß wir ein glänzendes Fiasko mit dieser Getreideaufbringung im Lande machen werden. Nun, meine Herren, das war die Getreide- und Mehlaufbringung, die einen beträchtlichen Teil der Koalitionsarbeit ausgemacht hat. Sie sind hinausgegangen und haben den Bauern gepredigt, daß sie ihre Pflicht erfüllen sollen. Diese haben es aber nicht getan, sondern haben es vorgezogen, das ihnen übriggebliebene Getreide und Mehl anderweitig zu verwenden, wo sie besser auf ihre Rechnung kommen, und ich fürchte, daß es auch in Zukunft der Fall sein wird. Ein weiteres wichtiges Kapitel in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der früheren Koalitionsparteien war die Sicherstellung des Fleisches für die konsumierende Bevölkerung. Wenn Herr Landes-

hauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer nur durchleuchten läßt, daß die Fleischquote derzeit in Steiermark in Städten und Industrieorten zu hoch bemessen sei, so möchte ich dem mit aller Schärfe entgegentreten. Es kann kein Mensch behaupten, daß, wenn ein Schwerarbeiter 25 Dekagramm Fleisch, also ein Viertelkilogramm, in der Woche und alle anderen Konsumenten nur 15 Dekagramm Fleisch bekommen sollen, daß dies eine übermäßige Quote sei und daß man unter allen Umständen eine Herabsetzung dieser Quote herbeiführen müsse. Das müßte geschehen, wenn es ausgeschlossen wäre, das Fleisch sicherzustellen. Wenn man von der Landwirtschaft Übermäßiges verlangen würde, wenn dadurch die Viehwirtschaft gefährdet, die Viehzucht unterbunden würde, dann würde ich auch dafür eintreten, daß diese Quantität, die überhaupt sehr selten in der letzten Zeit eingehalten wurde, weil wir ja mehrere fleischlose Wochen gehabt haben, herabgemindert werde. Das ist aber nicht der Fall, und Beweis dessen ist, daß seitdem der Erfinder des neuen Viehaufbringungsgesetzes, Herr Abgeordneter Jenz, diese Sache in den Landtag gebracht hat und nach dem neuen Viehaufbringungsgesetz das Vieh aufgebracht werden soll und nach verschiedenen Verhandlungen der Preis in die Höhe und wieder herabgesetzt wurde, weil nicht einmal diese kleine Quote und seit zwei und drei Wochen kein Fleisch ausgegeben wurde, aber trotzdem festgestellt wurde, daß Überkontingent in Steiermark vorhanden ist, daß Fleisch, welches die armen Teufel bekommen sollen, für die Arbeiter und Festangestellten, nicht vorhanden ist. Es wird eben nicht abgeliefert, aber das Überkontingentvieh, welches die Landwirte dann frei verkaufen können, wenn sie ihrer Ablieferungspflicht Genüge geleistet haben, dieses Überkontingentvieh ist waggonweise vorhanden, man kann es haben. Tatsache ist, daß mit diesem Überkontingent der größte Schwindel getrieben wird, und nur diese Fassung hat dazu geführt, daß wir kein solches Fleisch mehr haben, welches sich jeder Mensch noch kaufen kann, während Fleisch vom Überkontingentvieh noch vorhanden ist. Dasselbe wird sich auch beim Getreidekontingent ereignen. Es wird lauter Überkontingentgetreide in den Handel kommen, und es wird herbeiführen, daß wir auch in Steiermark kein Getreide aufbringen werden. Wir führen diese Tatsachen rein sachlich aus, ich gehe zu keinem Angriff auf die christlich-soziale Partei über, weil ich anerkenne und aus dem Zusammenarbeiten weiß, daß wir lange durchführen mußten, daß die Herren sich auf das Beste bemüht haben, ihre Aufgaben zu erfüllen. Sie konnten sie aber nicht erfüllen und ihre Aufgabe war damit gescheitert,

und dann waren die Gründe des Auseinandergehens der Koalition keine parteipolitischen, wie Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer angeführt hat, sondern nur rein wirtschaftliche Fragen. Wir konnten die Verantwortung dafür nicht mehr übernehmen. Das ist richtig. Wir konnten verantworten, was wir mit beschlossen haben, wir konnten aber nicht verantworten, daß trotz aller unserer Beschlüsse diese nicht durchgeführt wurden und die Bauern nicht abgeliefert haben. Dies zur Kennzeichnung unserer Haltung in der Koalition, diese Kennzeichnung, welche vielleicht unter Umständen geeignet sein könnte, den Eindruck hervorzurufen, als ob parteipolitische Argumente es waren, daß wir aus der Koalition ausgetreten sind. Ich mußte dies sagen, nachdem Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer in so warmen und bewegten Worten die Notlage der Bauern geschildert hat. Ich möchte nun noch eines sagen. Ich möchte mich nicht auf die Kalkulation einlassen, daß die Bauern beim Fleisch und anderen Artikeln daraufzahlen und daß es gestiftetlich unterlassen wird, das anzuführen, wo er nicht daraufzahlt. Auf dies will ich mich nicht einlassen. Das kommt mir so vor, wie die Beratung über den Brotpreis, wo die Bäckermeister hergehen und sagen, wie viel sie auf einen Kubikzentimeter Brod brauchen an Gas, Kohle, Salz u. s. w., was ihnen ja doch kein Mensch nachweisen kann, ob dies richtig ist oder nicht. Ich nehme demgegenüber den wirklichen Standpunkt ein und stelle fest, daß es eine bekannte Tatsache ist, daß während des Krieges noch kein Bäckermeister zugrunde gegangen ist. Ich stelle weiters fest, das wird kein Mensch behaupten können, daß dies unrichtig ist, wenn ich sage, es ist dies auch unter den Bauern wenig zu verspüren, daß es denselben schlecht geht. Es ist eine Tatsache, daß es den Bauern heute viel besser geht als dem Arbeiter, viel besser geht als den Festangestellten, viel besser geht als den Konsumenten. Ich möchte nicht auf weitere Details eingehen, ich will nicht verallgemeinern, ich will nicht wiederholen, was schon in vielen Versammlungen und bei vielen anderen Gelegenheiten ausgesprochen worden ist. Wenn eine Reihe von Bauern Lebensgewohnheiten angenommen haben, von denen sie früher keine Ahnung hatten, und wenn sie um 1000 K kegelscheiben, das sind für mich Einzelercheinungen; sie bestehen aber. Ich mache nicht die gesamte Bauernschaft dafür verantwortlich und konstatiere nur, daß die Gesamtheit der Bauernschaft heute nicht schlechter steht als vor dem Kriege, und dies hat ja selbst Herr Dr. Ahrer hervorgehoben, und hat es damit begründet, daß es den Bauern vor dem Kriege schlecht gegangen ist. Ich

anerkenne es, daß es sehr viele Bauern gibt, denen es vor dem Kriege schlecht gegangen ist. Aber im Zusammenhange damit muß ich logischerweise sagen, wenn es früher den Bauern schlecht gegangen ist und man nun konstatieren muß, daß es ihnen heute besser geht, so muß man zur Schlußfolgerung kommen, daß der Bauernstand einer derjenigen wenigen Stände ist, die durch den Krieg weder in materieller noch in finanzieller Richtung gelitten hat, sondern müssen sagen, daß es den Bauern während des Krieges und nach dem Kriege besser als vor dem Kriege gegangen ist, und wenn Sie die Stände aufzählen, welche zu den Kriegsgewinnern gehören, so wird darunter auch der Bauernstand sein. (Landesrat Dr. Klusemann: „Das wird sich ändern!“) Es ist ja zutreffend, was Herr Landesrat Dr. Klusemann in einem Zwischentruf gesagt hat, das Bild wird sich ändern (Zwischentruf: „Vielleicht schon in einem Jahre; es hat sich schon geändert!“); ich glaube ja auch, daß es sich ändern wird, und deshalb werden wir gezwungen sein, Sie an Ihre Haltung gegenüber dem freien Handel zu erinnern, der im Zusammenhange damit gebracht wird. Vor dem Kriege waren Sie es, die die Grenze gesperrt hielten zum Schutze der Landwirtschaft, und heute, wo Sie mit Ihren hohen Preisen die Konkurrenz des Auslandes nicht zu befürchten haben, sind Sie für die Öffnung der Grenzen. Vielleicht reden Sie in einem Jahre wieder anders! In einem Jahre werden Sie vielleicht wieder sagen: „Jetzt könnte man die Grenzen wieder sperren, man kann die Konkurrenz nicht aushalten!“ Die Zeit wird es lehren, ich will keine Prophezeiungen machen, aber ich meine mit dieser meiner Bemerkung festgestellt zu haben, daß es nicht richtig ist, daß vom Bauernstande immer verlangt wird, daß er alles leisten solle. Ich glaube, wenn der vernünftige Teil der Bauern sich vor Augen hält — und es hat sich ein großer Teil als vernünftig erwiesen — daß wieder eine Zeit kommen wird — und diese liegt nach Ihren eigenen Ausführungen, nach den Ausführungen des Herrn Dr. Klusemann nicht mehr allzu ferne — wo die Bauernschaft auch die Konsumenten wieder brauchen wird, so muß sie trachten, daß sie über diese schwere Zeit hinwegkommt. Wenn Sie sagen, daß nur mehr die Bauernschaft unter der Zwangswirtschaft leidet, so ist das richtig, da wir keine Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Industrie haben, und es ist gewiß zutreffend und zu bedauern, daß die Industrie ihre Produkte zu jedem Preise hinausgeben kann. (Rufe: „Sehr richtig!“) Aber vergessen Sie nicht den himmelweiten Unterschied Ihrer Lage der Lage der Konsumenten gegenüberzustellen. Sie brauchen Ihre Werk-

zeuge, Ihre Sichel, Ihre Pflüge usw. vielleicht einmal im halben Jahre, oder sagen wir einmal im Monate, während der Städter jedoch jeden Tag essen muß, sonst geht er zugrunde. Sie werden nicht zugrunde gehen. Sie können einfach den Ankauf zurückstellen, aber das trifft beim Städter nicht zu, darin liegt der große Unterschied.

Nun kann ich es mir nicht versagen — und die Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. U h r e r zwingen mich dazu — auch den zweiten Gegenstand, der hier in der vorgestrigen Sitzung besprochen worden ist, einigermaßen neuerlich zu beleuchten, und das ist die Frage der Bewaffnung der Bauern, die öffentliche Ruhe usw. Es ist wirklich zutreffend, daß das Vorgehen der Behörden gegenüber den Bauern ein anderes ist als gegenüber den Arbeitern. Das ist nicht zu leugnen. Das Vorgehen der Landesregierung in Gosdorf war jedenfalls von einem sehr humanen Geiste durchdrungen. Ich sage nicht, daß ich dagegen bin. Nur hätte dasselbe Vorgehen bei den Unruhen in Leoben und bei den Todesopfern in Graz an den Tag gelegt werden sollen. Ich bin überzeugt, daß es absolut nicht notwendig war, und ich spreche nicht dafür, daß man bei den Bauern Gewalt hätte anwenden sollen, weil man meiner Überzeugung nach mit Gewalt nichts auszurichten vermag. Man hätte diesen Standpunkt aber auch in Graz einnehmen sollen. Es war unnötig, daß geschossen wurde. Ich habe das alles mitgemacht, und zwar nicht zu Hause, ich bin nicht hinter dem Ofen gesessen, ich war vor und unmittelbar nach der Schießerei am Murplatz, weil ich nicht ahnen konnte, daß geschossen werden würde, und habe das vielleicht subjektive Empfinden gehabt, daß es ganz gut auch anders gegangen wäre und daß diese furchtbare Belastung beider Parteien nicht notwendig gewesen wäre. Es ist nicht notwendig gewesen, in das Volk, das sich nicht wehren konnte, weil es keine Waffen hatte, hineinzuschießen. Aber ich möchte hier, da Sie immer sagen, daß wir die Waffen in den Händen haben und weil Sie immer sagen, daß Sie sich vor uns fürchten, folgendes kurz bemerken: Nachdem diese Schießerei am Murplatz vorüber war, ist diese empörte Menge zu unserem Parteihaus gelaufen und hat von uns racheschnaubend und erbittert über die Vorfälle verlangt: „Waffen her! Denn wir werden uns wehren gegen die, die uns niederschießen wollen!“ Aber diejenigen, die das in der entschiedensten Weise abgelehnt haben, die erklärt haben, unter gar keinen Umständen eine solche Bewaffnung der erbitterten Arbeiter vorzunehmen, das waren wir. Da können Sie entnehmen, was für Absichten uns leiten beim Ge-

brauch der Waffen. Wenn heute die Behauptung aufgestellt wird, daß die Bewaffnung der Arbeiter die Ursache der Bewaffnung der Bauern war, so ist das nicht richtig. Die Bauern haben sich schon zu einer Zeit in den Besitz von Waffen gesetzt, wo es uns noch gar nicht eingefallen ist. Die Bauern haben draußen damals, als die Truppen zurückgekehrt sind, dieselben angehalten und ihnen die Gewehre abgenommen. Fast jeder hat auch selbst ein Gewehr mitgebracht, kurz und gut, sie haben die Gewehre übernommen, zum Teil umsonst, zum Teil zu einem sehr billigen Preise. Sie haben Maschinengewehre, Rösser und dergleichen übernommen und haben nichts dafür bezahlt. Daraus soll Ihnen kein Vorwurf gemacht werden, aber Tatsache ist es, daß die Bewaffnung der Bauern vorangegangen ist. Wenn Sie den Umsturz in die Debatte hereinziehen, so ist das ein Kapitel, über das es besser wäre, von Seite der bürgerlichen Bevölkerung zu schweigen. Die damalige Zeit des Umsturzes war so gefährlich, auch in Graz, daß sich einige Wenige zusammengesetzt haben und sich gefragt haben: „Was wird geschehen, wenn die Front da unten zusammenbricht? Das Land wird sicher in Mord und Brand versetzt werden.“ Wir waren es, die damals schon der Ansicht waren und sich entschlossen haben, geeignete Maßnahmen dagegen vorzukehren. Wir selbst haben damals überall gehungert, haben aber veranlaßt, daß überall Stationen errichtet wurden, damit diese Soldaten weiter transportiert werden konnten. Wir haben Hunger gelitten und sind Tag und Nacht am Bahnhof gestanden, haben die ganze Heße über uns ergehen lassen, nur damit die Soldaten wieder weiter kamen. Nun, meine Herren, ich sehe heute sehr viele, die ich damals nicht gesehen habe. Wir haben damals jede Nacht am Bahnhof diese Schwierigkeiten gesehen, haben das Blut umeinander spritzen gesehen und haben keine besondere Empfindung mehr dabei gehabt. Meine Herren! Das Bürgertum war damals bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht zu sehen. (Abgeordneter Dr. D a n k i n e: „Was ist's mit den Studenten?“) Wenn nicht die Industrie sich mit der Arbeiterschaft verbunden hätte, von den Herren, die da drüben sitzen, hätten wir wenig zu verspüren gehabt. Ich erinnere nur daran, ich will Ihnen das nicht nachsagen, obwohl uns von Ihrer Seite Verschiedenes nachgesagt wurde, ich erinnere daran, daß in den meisten Sitzungen des Wohlfahrtsausschusses von Ihrer Seite nichts gesprochen wurde und daß Ihr Vertreter, der damalige Landesrat S a g e n h o f e r, meistens in diesen Sitzungen geschlafen hat. Sie haben eine besondere Tätigkeit überhaupt nicht entfaltet, Sie sind erst dann wieder in den Vordergrund getreten,

als der Umsturz vorüber war. So war es etwas undor-sichtlich vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. A h r e r, über den Umsturz zu sprechen. Wenn ein Chaos verhindert wurde, so können wir den hauptsächlichsten Teil auf unsere Schultern nehmen. Die Bauernunruhen haben Sie zugeschrieben dem Mangel an Salz und Zucker. Aber das bildet keinen Grund dazu. Zu derselben Zeit, wo die Bauern kein Salz gehabt haben, haben auch die Städter keines gehabt und haben auch heute noch keines. Und zu derselben Zeit, wo die Bauern keinen Zucker gehabt haben, haben auch die Städter keinen Zucker gehabt. Es gibt heute noch eine Zuckernot in den Städten. Wenn Sie die Berichte oder Verlautbarungen des städtischen Ernährungsamtes verfolgen, so werden Sie finden, daß heute ungefähr das letzte April-Nachtel ausgegeben wurde. Das ist kein berechtigter Anlaß zu Unruhen, wobei ich mir zu bemerken erlaube, daß die Städter gewiß ein größeres Bedürfnis an Zucker haben als die Bauern, die mit Butter, Eiern, Milch usw. über-reichlich versorgt sind. Um weiter festzustellen, daß auch bei Arbeiterunruhen ganz anders vorgegangen wird als bei Bauernunruhen, wurde der Fall von Neunkirchen herangezogen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. A h r e r hat sich aber da an die unrichtige Adresse gewendet. Er hat das Justizamt an-gegriffen. Der Leiter des Justizamtes ist zur damaligen Zeit Dr. R a m e k gewesen, und ohne seine Zustimmung hätte nicht so vorgegangen werden können, als wie im Neunkirchener Prozeß vorgegangen worden ist. Es wird also jedenfalls das richtige sein. Allerdings ist auch richtig, daß sich die Landesregierung zu einem energischen Vorgehen auch gegenüber den Bauern ent-schlossen hat, und das war gegenüber den Bauern in der Oststeiermark. Und das führt auch Dr. A h r e r an. Verehrte! Gestatten Sie, daß ich mir zu bemerken er-laube, daß dieses Vorgehen aus dem alleinigen Grunde geschehen sei, um zu zeigen, daß man gegen Arbeiter und Bauern in gleicher Weise vorgehen soll. Es hat sich in der Oststeiermark nicht um große Bauern, sondern nur um Knechte und Kleinbauern gehandelt, und da hat man ein scharfes Vorgehen denselben gegenüber für richtig gefunden. Darin liegt der wahre Kern, alle anderen Argumente sind ziemlich durchsichtig, und ich glaube diesen Begründungen des Herrn Landes-hauptmann-Stellvertreters Dr. A h r e r über das scharfe Vorgehen absolut nicht. Es wird sich vielleicht bei der Spezialdebatte Gelegenheit ergeben, über das eine oder das andere zu sprechen. Es ist unmöglich, die ganze Sachlage im Zusammenhange darzustellen, wenn man nur einzelne Brocken aus den Reden der

einzelnen Redner vor sich hat und den Zusammenhang nicht findet. Und trotzdem sage ich, daß das, was Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer am Schlusse gesagt hat, daß das auch meine Meinung ist. Nicht nur meine Person, sondern auch die meisten meiner Parteigenossen sind immer der Ansicht gewesen, daß alle im Lande, nicht nur der eine Teil, ihre Pflicht vollständig erfüllen. Die Arbeiter werden auch, trotzdem wir aus der Koalition ausgetreten sind, selbst zur Erkenntnis kommen und aus eigenem Interesse, daß sie arbeiten müssen, denn würden sie es nicht tun, so wäre es genau so zu ihrem Nachteil wie bei anderen. Ich möchte nur wünschen und hoffen, daß auch die anderen diese ihre Verpflichtung voll und ganz erfüllen, daß sie, wenn nunmehr das Getreideablieferungsgezet in einer anderen Form, die es besser scheinen ließe, daß man sie überhaupt nicht gemacht hätte, zustande kommt, sich von der Ausbringung nicht ferne halten, daß sie im Interesse der Gesamtheit darangehen, auch die Landwirtschaft darüber aufzuklären, was ihre Pflicht und Schuldigkeit der anderen Bevölkerung gegenüber ist. Ich bin Pessimist und mir kommt vor, daß das Zusammenwirken auf diesem Gebiete sehr notwendig ist. Wenn ich mir vor Augen halte, daß fünf Sechstel der Lebensmittel aus dem Auslande eingeführt werden und Österreich nur für ein Sechstel aufkommt und alles eingeführt werden muß, und daß wir Produkte hinausgeben müssen, die wir zu erzeugen nicht in der Lage sind, daß neun Zehntel unserer Kohlenbewirtschaftung in der Zufuhr gelegen ist, so kann ich nur sagen, daß alles, was wir heute tun, nur eine provisorische Tätigkeit sein kann, um unser Land und unser Volk solange aufrecht zu erhalten, bis wir in der Lage sein werden, uns an ein anderes lebensfähiges Gebilde anzuschließen, und das kann nur das Deutsche Reich sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landesrat Prisching: Hoher Landtag! Bevor ich in das Meritorische meiner Rede, betreffend die Finanzlage des Landes Steiermark, eingehe, möchte ich einige formale Angelegenheiten zur Sprache bringen. Es wurde seitens mehrerer Herren Redner, insbesondere seitens des Herrn Landesrates R e s e l, gesagt, daß er sehr enttäuscht sei über die Budgetberatung, weil er erwartet hätte, daß sie durch ein Exposé des Finanzreferenten eingeleitet werden würde. Er habe gehofft, daß ich einen ganzen fertigen Plan, betreffend die Sanierung der Landesfinanzen dem Landtage vorlegen würde. Daß ich das nicht getan habe, wird vom Herrn Landesrate R e s e l beanstandet und als Fehler erklärt. Darauf antworte ich, daß ich dieser Meinung nicht sein kann, wobei ich mich auf den Gebrauch dieses

hohen Hauses berufe. Während in anderen parlamentarischen Körperschaften: Wiener Parlament, Grazer Gemeinderat usw., die Budgetdebatte immer durch ein Exposé des Finanzreferenten eingeleitet wird, herrschte hier im Landtage ein anderer Brauch. Der Finanzreferent beschränkte sich darauf, sein Budget zu verteidigen, deshalb sprach er erst nach der Debatte. Ich bin nun diesem anderen Brauche gefolgt und habe gewartet, bis die übrigen Herren gesprochen haben, um dann Aufklärungen zu geben und etwaigen ungerechten Vorwürfen, die der Landesverwaltung vielleicht gemacht werden könnten, entgegenzutreten. Das ist die erste Antwort.

Weiters wurde vom Herrn Landesrat R e s e l gesagt, daß der Finanzausschuß heuer nicht mit dem nötigen Fleiße getagt hätte. Ich muß nun dem hohen Hause gegenüber den Finanzausschuß in Schutz nehmen. (Landesrat R e s e l: „Sie waren ja gar nicht dort!“) Der Finanzausschuß verteidigt sich übrigens selbst am besten dadurch, daß er durch seine Zusatzanträge zum Budget beweist, daß er seine Beratungen sehr gründlich vorgenommen hat. Endlich wurde mir vorgehalten, daß ich den Beratungen des Finanzausschusses ferngeblieben sei. Auf den ersten Blick scheint der darin für mich gelegene Vorwurf begründet zu sein. Wenn man aber weiß, daß dringende Gründe und die Erfüllung unaufschiebbarer Pflichten mich anderwärts festgehalten haben, dann wird es mir nicht zum Vorwurf gemacht werden können, daß ich den Sitzungen des Finanzausschusses nicht angewohnt habe. Es hat sich nämlich bei unserer traurigen finanziellen Lage wiederholt der Fall ergeben, daß die Landeskassen eine gähnende Leere aufwiesen, so daß zu befürchten war, daß die Betriebe des Landes-Krankenhauses eingestellt werden müßten, weil die Gelder nicht vorhanden waren, um die Medikamente, die Kohlen und die Lebensmittel zu beschaffen. Es hat öfters den Anschein gehabt, daß die Gehälter der Landesangestellten und Lehrer nicht ausgezahlt werden könnten. (Abgeordneter L e i c h i n: „Wenn eine Sitzung stattfand?“) Ja, denn durch die Sitzungen allein sind die Kassen nicht voller geworden. (Abgeordneter G a s: „Wir werden den L e i c h i n zum Finanzreferenten machen!“) Diese unangenehme Situation hat sich leider öfters ergeben. Telephon und Telegraph haben nichts genützt, es blieb daher nichts übrig, als persönlich nach Wien zu kommen und es im Staatsamte der Finanzen durchzusehen, daß dem Lande Steiermark sofort Überweisungen und Zuschüsse angewiesen werden, um die dringendsten Auslagen zu decken. Auf diese Weise ist es auch gelungen, es fertig zu

bringen, daß bisher am Ersten eines jeden Monats noch die Gehälter der Beamten, der Angestellten und Lehrer ausgezahlt werden und daß die Krankenhäuser fortgeführt werden konnten. Habe ich damit Unrecht getan? Hätte ich es anders machen sollen? Wenn ich beispielsweise fleißig den Sitzungen des Finanzausschusses beigewohnt hätte, dafür aber am Ersten die Beamten und Lehrer keine Gehälter erhalten hätten, was für ein Geschimpfe hätte das gegeben! Da würde es geheißen haben: Der Finanzreferent hat eine schöne Sauwirtschaft, vor lauter Beratungen läßt er uns verhungern und zahlt die Gehälter nicht aus! Da habe ich mir gedacht, daß es besser ist, wenn ich beides nicht vereinbaren kann, ich bleibe den Sitzungen ferne, Sorge dabei aber dafür, daß die Geldmittel für unbedingt notwendige Auslagen immer vorhanden sind. (Zustimmung im Hause.) Übrigens waren die Mitglieder des hohen Finanzausschusses über meine Absichten und Ansichten immer genau unterrichtet durch die Fachreferenten, die allen Sitzungen beiwohnten und mit denen ich die Gegenstände vorher immer eingehend besprach. Hiemit glaube ich den gegen mich als Finanzreferenten erhobenen Vorwurf entkräftet zu haben.

Nun gehe ich auf das Meritorische ein, und da die politischen Fragen schon von anderen Parteifreunden besprochen wurden, so werde ich mich heute nur auf die finanzielle Seite beschränken. (Landesrat R e f e l: „Man behauptet, Sie seien ein besserer Politiker als Finanzreferent.“) Dann geht es mir genau so, wie Ihnen mit Ihren Landesforsten! (Beifall.)

Die erste Aufgabe des Finanzreferenten wäre es, einen Finanzplan dem hohen Hause vorzulegen, und zu zeigen, wie in den Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht hergestellt, wie die Landesfinanzen saniert werden könnten. Ich gestehe es offen, einen solchen Plan vorzulegen bin ich nicht imstande, weil die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse derartige sind, daß ein solcher Plan nicht aufgestellt werden kann. Um einen Finanzplan aufstellen zu können, müßte man die Ausgaben, die das Land zu bestreiten hat, wenigstens annähernd schon voraus berechnen können. Ebenso müßte man auch die vermuthlichen Einnahmen kennen. Ich muß aber gestehen, unter den jetzigen Verhältnissen ist es unmöglich, diese Posten auch nur annähernd mit ziemlicher Sicherheit voraus anzugeben. Warum? Beginnen wir mit den Ausgaben. Da sind es hauptsächlich zwei Umstände, die es unmöglich machen, die Ausgaben des Landes jetzt auch nur annähernd voraus zu berechnen. Der erste Umstand liegt darin, daß die Höhe der Besoldung der Landesbeamten und Lehrer von der Höhe der Gehälter der

Staatsbeamten abhängt. Wenn den Staatsbeamten eine Gehaltserhöhung zuerkannt wird, so geht dieselbe automatisch auch auf die Landesbeamten und Lehrer über. Wir können nun am Anfange eines Budgetjahres nicht voraussehen, welche gesetzlichen Bestimmungen auf diesem Gebiete im Laufe des Jahres noch in Kraft treten werden, und deshalb ist es einfach unmöglich, auch nur annähernd die Summe vorzuberechnen, welche notwendig ist zur Bestreitung der Gehälter der Lehrer und Landesbeamten. Das ist das erste Hindernis. Das zweite Hindernis liegt in den fortwährenden Preisschwankungen aller Artikel. Dem hohen Hause ist es ja bekannt, daß die Preise für alle Bedarfsartikel bei uns derart schwankende sind und kontinuierlich so emporsteigen, daß man von einer Vorausbestimmung des Preises auf längere Zeit absolut nicht reden kann. Der Preis, den man heute angibt, ist in der nächsten Woche schon nicht mehr richtig. So ist es auch dazu gekommen, daß während der Beratung des Finanzausschusses der Voranschlag um 25 Millionen Kronen überschritten wurde, während eine Bedeckung nur in der Höhe von 2 Millionen Kronen aufgebracht werden konnte. Ich wüßte auch keinen Mann, der imstande wäre, die Ausgaben des Landes mit prophetischem Blick voranzusehen, nicht einmal der Herr Dr. E i s l e r, der die Budgetvorlage scharf kritisiert, würde das zustande bringen. Wie bei den Ausgaben, geht es auch ebenso mit den Einnahmen. Es ist einfach unmöglich, die Höhe derselben halbwegs richtig voranzuberechnen. Zu den Einnahmen gehören die Steuern und verschiedene andere Erträgnisse. Schon bezüglich der Steuern, dieser sonst ziemlich gleichbleibenden Post, können wir nicht mit auch nur beiläufiger Sicherheit voraussagen, welche Erträgnisse dieselben bringen werden. Wir haben neue Steuern eingeführt, zum Beispiel die Lustbarkeitsabgabe, die Wertzuwachsabgabe. Wir haben auf diesen Gebieten keine Erfahrung und können nicht voraussagen, wie hoch das Erträgnis derselben sein wird.

Ebenso ist es auch bei vielen anderen Einnahmequellen. Außerdem wissen wir nicht im voraus, in welcher Höhe die Länderdotationen vom Staate uns zugewiesen werden. Staatskanzler Dr. K e n n e r hat hierüber nur ganz allgemein gehaltene Angaben gemacht.

Weil man also nicht in der Lage ist, halbwegs richtig voraus zu berechnen, wie groß die Ausgaben und die Einnahmen des Landes sein werden, ist es auch nicht möglich, einen Finanzplan aufzustellen. Übrigens wäre es jetzt dem Lande auch beim besten Finanzplan nicht

möglich, sich finanziell zu rangieren, da dem Lande viele Steuerquellen verschlossen sind, auf die es unbedingt angewiesen wäre, wenn es sich rangieren wollte. Diese Steuerquellen bleiben uns so lange verschlossen, bis nicht durch die Verfassungsreform erklärt wird, wie weit die Steuerhoheit des Landes, und wie weit die des Staates geht. Der Staat überläßt uns nicht das Recht, Steuern zu beschließen, wie wir wollen, er hat sich die meisten Steuern vorbehalten und dafür will er uns vorläufig mit Überweisungen helfen. Dieses System der Dotationen dürfte wahrscheinlich bis ins Jahr 1921 hinein dauern. Unterdessen sind wir bezüglich der Steuern gebunden. Ich erinnere daran, daß die provisorische Landesversammlung beschlossen hat, eine Waldsteuer und eine Abgabe auf Baugründe einzuführen, die Staatsregierung aber hat ihre Zustimmung zu diesen Steuern nicht gegeben. Nun hätten wir auch andere Steuern. Steiermark ist ja nicht arm. Wir hätten die Ausfuhr von Holz, Kohle, Magnesit usw. besteuern können. Aber wenn wir das tun, dann setzen wir uns sofort in einen Gegensatz zur Staatsregierung und setzen uns der doppelten Gefahr aus, daß einerseits die staatlichen Organe bei der Eintreibung dieser Steuern nicht mitwirken und daß uns andererseits die Länderdotation gekürzt oder gestrichen wird. Deshalb haben wir auf diese Steuern verzichten müssen. Wir sind nun absolut nicht in der Lage, einen genauen Finanzplan aufzustellen, wir haben nur die mühsamlichen Ausgaben und Einnahmen zusammengestellt, um ein beiläufiges Bild über unsere Finanzlage zu haben. Bei der Verwaltung des Landes ließen wir uns von zwei Grundsätzen leiten, wir haben getrachtet, erstens möglichst zu sparen und zweitens dem Lande neue Einnahmen zu erschließen. Ja, wir haben tatsächlich gespart, wo es nur möglich war. Herr Abgeordneter Schreckenthal hat das Wort „Sparmut“ gebraucht. Wir sind in dieser Richtung bis an die äußerste Grenze gegangen. Aber auch das Sparen hat seine Grenzen. Und soll das Sparen einen Erfolg haben, so muß es dort angewendet werden, wo es sich nicht um Kleinigkeiten, sondern wo es sich um große Summen handelt. Daß man den armen Pensionisten, den Witwen und Waisen eine Gnadengabe von ein paar hundert Kronen verweigert, dadurch ist dem Lande nicht geholfen. Wir müssen bei großen Posten anfangen zu sparen und gerade da ist es eben unmöglich zu sparen. Ich will ein paar solche größere Posten nennen: Die Kosten der Landesverwaltung, die Kosten der Volks- und Bürgerschulen und die Kosten der Humanitätsanstalten, der Krankenhäuser, Siechenhäuser, Irrenhäuser. Bei diesen drei Posten sollte man sparen

können, und gerade hier geht es fast nicht. Es ist schade, daß keiner der Herren Redner konkrete Fälle genannt und ganz bestimmte Posten bezeichnet hat, wo Abstriche und Ersparungen hätten gemacht werden können. In der Spezialdebatte wird hiezu ja noch Gelegenheit sein. Sollen wir zu sparen anfangen bei der Landesverwaltung? Wo soll man denn da sparen? Ich wäre dankbar, wenn mir da jemand einen Vorschlag machen könnte. Ich glaube, die Angestellten haben mit ihrem Einkommen ja ohnedies nicht zu viel. Wenn die Gehaltssumme scheinbar auch eine ganz schöne ist, so ist sie bei der allgemeinen Teuerung doch nur als notwendiges Minimum zu betrachten. Ich wäre wirklich neugierig, ob jemand von den Herren Rednern den Mut aufbringt, hier mit einem Antrag auf Abstrich zu kommen. Nun gehen wir über auf das Kapitel Humanitätsanstalten. Hoher Landtag! Wo sollen wir denn da zu sparen anfangen? Layweres Geld kosten in den Kranken-, Irren- und Siechenhäusern die Verpflegung, die Medikamente und das Heizmaterial. Hoher Landtag! Ich frage nun, wo sollen wir da zum Sparen anfangen? Sollen wir die Kranken in den Krankenhäusern halb verhungern lassen oder ihnen eine ungesunde, schwere Kost geben? Wie sollen denn dann die Kranken gesund werden? Oder soll man bei den Medikamenten sparen? Diese sind im Preise bekanntlich nicht bloß um 1000 Prozent, sondern um das 1000- oder sogar 2000fache gestiegen. Ich möchte fragen, was sollen wir da streichen? Sollen wir Krankenhäuser ohne Medizinen, ohne chirurgische Instrumente haben? Es ist unmöglich, da etwas Nennenswertes zu streichen. Und was ist es mit der Beheizung? Ohne Kohle ist ein Betrieb einfach nicht möglich. Da wäre ich ebenfalls dankbar, wenn mir einer der Herren Redner sagen würde, welche Ausgabeposten wir streichen sollen. Aber einen Erfolg auf diesem Gebiete haben wir, einen Erfolg, auf den wir stolz sein können in unserer Landesverwaltung, es ist das Kapitel Kosten der Klinik im Allgemeinen Krankenhaus in Graz. Bekanntlich hat das Grazer Krankenhaus eine klinische Abteilung, eine Abteilung der medizinischen Fakultät. Diese Kliniken machen ganz bedeutende Ausgaben, denn viele Kranke müssen längere Zeit behalten werden, rein nur zu Studienzwecken usw. Seit dem Jahre 1912 hat der Staat für die Kliniken jährlich nur 160.000 K gezahlt. Wenn wir aber bedenken, daß die Ausgaben im Grazer Krankenhaus allein über 30.000.000 K jährlich betragen, so müssen wir uns sagen, daß diese 160.000 K einfach ein Spott, eine Bagatelle sind im Vergleich zu den ungeheuren Gesamtausgaben von 30 Millionen Kronen. So ist es

geblieben eine Reihe von Jahren hindurch und hat es die frühere Landesverwaltung verabsäumt, entsprechende Schritte bei der Staatsregierung zu unternehmen. Nun haben wir in Wien ernste Vorstellungen erhoben — es haben dabei auch mitgewirkt Herr Landesrat Machold und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf — und weil wir in Wien zu keinem befriedigenden Abschlusse gelangen konnten, so wurde eine Kommission nach Graz entsendet. Diese hat nach mehrtägiger anstrengender Tätigkeit an Ort und Stelle entschieden, daß wir in Zukunft nicht 160.000 K., sondern 12.000.000 K jährlich von der Staatsverwaltung erhalten sollen. Ich meine, das ist ein ganz schöner Erfolg der bisherigen Finanzverwaltung. Der Sprung von 160.000 K auf 12.000.000 K ist ein ganz gewaltiger. Soll ich endlich noch über das Kapitel Schule sprechen? Wie könnte man da sparen? Die Erhöhung der Lehrergehälter war eine zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit, es geschah nur das, was unbedingt sein mußte.

Während wir also in dieser Weise einerseits auf weitgehendste Sparsamkeit bedacht waren, haben wir andererseits dafür Sorge gefragen, daß das Vermögen und die Einnahmen des Landes vergrößert werden. Das ist uns auch in mehrfacher Weise gelungen. Wir haben die Einnahmen durch Umlagenerhöhung vermehrt, das ist etwas Selbstverständliches, davon spricht man gar nicht. Von den neuen Steuern auch nicht. Ich spreche hier von jenen außerordentlichen Einnahmen, welche dem Lande zugeflossen sind durch Beteiligung an gewinnbringenden Unternehmungen. So haben wir uns beteiligt an dem Unternehmen der Kraftfahrwerke in Puntigam. Wenn dieses Unternehmen gut geführt wird, so bin ich der festen Überzeugung, daß es auch dem Lande Gewinn bringt. (Abgeordneter Schreckenbach: „Vielleicht aber auch Verluste?“) Diese können uns nicht leicht treffen, weil wir durch den Wert des vorhandenen Materials reichlich gedeckt sind. Wir haben uns außerdem beteiligt an dem Torf-Industrieunternehmen in Obersteier. Wenn es gut geht, werden wir auch da ganz schöne Einnahmen erzielen. Wir haben uns ferner beteiligt an der Ausbeutung des Höhlendüngers in Murnitz, an einem Unternehmen, das jedenfalls ertragreich sein wird. Laut Schätzung der Fachleute sind in der Drachenhöhle bei Murnitz 5000 Waggons Höhlendünger vorhanden. Zu den Kosten für die Vorarbeiten brauchen wir nichts beisteuern, trotzdem werden uns von allen Fakturen beim Verkauf des Höhlendüngers 10 Prozent gezahlt werden. (Abgeordneter Gaf: „Es sind sogar 15.000 Waggons!“) Freut mich um so mehr, denn damals, als wir

die Verhandlungen führten, rechneten wir mit nur 5000 Waggons. Das Land hat auch einen Holzabstockungsvertrag mit dem Waldbesitzer Wachfler in Langenwang abgeschlossen, der dem Lande sicher einige Millionen Kronen hereinbringen wird. Gleichzeitig trachteten wir, das Vermögen des Landes zu mehren dadurch, daß wir den Wert der dem Lande gehörigen Objekte gehoben haben. Ich verweise auf die Leichenhalle vor dem Paulustor. Dieselbe ist nicht mehr in Gebrauch, seitdem das neue Krankenhaus besteht. So lange dieses schöne Gebäude aber im Volke als Leichenhalle benannt wird, ist sein Wert gering. Wir haben an diesem Gebäude nun alles entfernt, was an seinen ursprünglichen Zweck erinnert, haben es schön renovieren lassen und ihm die schöne Bezeichnung „Parkring Nr. 4“ gegeben. Alle Räume dieses Hauses sind nun mit Kanzleien besetzt, es rangiert nun in der Reihe anderer bürgerlicher Häuser und ist dadurch im Werte um ein Vielfaches gestiegen.

Unser Bemühen ging auch dahin, die ehemalige Frauenklinik, welche das ehemalige Kriegsministerium dem Lande abgekauft hatte, zurückzuerwerben. Nach dem Kaufvertrage sollte der Kaufschilling in 25 Jahresraten gezahlt werden. Das Ministerium zahlte zwei Jahresraten, dann kam der Umsturz, das Kriegsministerium hat zu existieren aufgehört, wir verlangen nun das Gebäude für das Land zurück, indem wir die zwei Jahresraten als Pacht für zwei Jahre anrechnen. So haben wir in zweifacher Hinsicht uns bemüht, einerseits ließen wir möglichste Sparsamkeit walten, andererseits haben wir die Einnahmen und das Vermögen des Landes zu vermehren getrachtet und damit glaubt die Landesverwaltung ihrer Pflicht genüge geleistet zu haben.

Ein besonderes Verdienst um die Vermehrung des Landesvermögens und um die Vermehrung der Landeseinnahmen haben sich Landeshauptmann Dr. Rinkelen und Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor Uhrer erworben, denen es gelungen ist, 40.000 Stück Aktien der Graz-Köflacher Kohlenbergbau-Gesellschaft um einen mäßigen Preis zu erwerben. Aus dieser Aktion werden dem Lande einst schwere Millionen zufließen, und die Namen jener Männer, welche diese Tat vollbrachten, sollen hier in Dankbarkeit genannt sein. (Beifall.) Ich weiß nicht, ob in irgend einem Lande Ähnliches geleistet wurde. (Beifall.) Der Vorwurf, daß die Finanzverwaltung nicht auf der Höhe der Zeit stehe, dürfte nach all dem Gesagten doch nicht ganz zutreffen. Wenn nun im Lande trotzdem ein bedeutendes Defizit ist, so entsteht die Frage: Wer trägt die Schuld? Trägt die Schuld die heutige Finanzver-

waltung? Ich kann nun mit Ruhe und Sicherheit erklären: Nein! Schuld daran sind die traurigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der jetzigen Zeit als eine Folge des verlorenen Krieges. (Zwischenruf: „Aber nicht bloß in Steiermark.“) Nein, das habe ich auch nicht behauptet. Die allgemeine Teuerung, welche viele Privathäushalte zugrunde richtete, hat auch die Grundlagen des Landeshaushaltes schwer erschüttert. Es steht in keinem Lande besser als in Steiermark, ja unser Land ist finanziell besser daran als manch andere Länder. Ich will mich nun einigen Bemerkungen zuwenden, die von Rednern gestern gemacht wurden. Landesrat R e s e l hat gefragt: Wenn das so fortgeht, wohin kommen wir dann? Ja, es ist richtig, wenn dies so fortgeht, und dem Lande keine neuen Einkommensquellen erschlossen werden, müßte das Land bankrott werden. Daher müssen dem Lande neue Einnahmequellen erschlossen werden, das kann aber nur durch eine vernünftige Verfassungsreform geschehen, eine Reform, welche den Ländern neue Erträgnisse aus den Steuern zuweist. Unser immer wiederholter Ruf: „Heraus mit der Verfassungsreform“, ist also sehr berechtigt. Es wäre nur gut, wenn auch die Partei des Herrn Landesrates R e s e l sich dafür einsetzen möchte, daß die Verfassungsreform endlich fertiggestellt werde. Wir Christlichsoziale haben in dieser Hinsicht alles getan, was möglich war; ich erinnere an die bekannte Rede K u n s c h a k s. Wenn der Herr Landesrat R e s e l gemeint hat, daß wir uns nicht um neue Steuerquellen gekümmert hätten, so irrt er sich gewaltig. Das Land wollte zum Beispiel die Kriegsgewinnsteuer einführen, eine gewiß gerechte und populäre Steuer; die Staatsregierung aber hat erklärt, daß sie hiezu die Zustimmung nicht gibt, weil sich diese Steuer der Staat selbst vorbehält. Wir konnten auch andere, an sich gewiß ergiebige Steuern, wie zum Beispiel eine Abgabe für die Ausfuhr von Holz, Kohle, Magnesit, Salz usw. nicht einführen, weil die Staatsregierung dagegen Einspruch erhob. Gekümmert hätten wir uns also schon um neue Einnahmen, allein die Staatsregierung durchkreuzte unsere Pläne. Herr Landesrat R e s e l hat einen fertigen Finanzplan verlangt. Ich habe schon im Vorausgehenden erklärt, daß und warum dies im abgelaufenen Jahre nicht möglich war, es konnten ja weder die Ausgaben noch auch die Einnahmen auch nur annähernd richtig voraus berechnet werden. Übrigens gebe ich dem Herrn Landesrat R e s e l zu bedenken, daß er für die Landesforste ja auch keine Pläne vorgelegt hat, obwohl gerade auf diesem Gebiete ein Plan leicht zu erstellen wäre. Ich habe Herrn Landesrat R e s e l die Anregung gegeben,

für unsere Landesforste eine leistungsfähige Säge zu bauen, um auf diese Weise das Holz als Schnittware zu schönen Preisen zu verwerten und zugleich unseren einheimischen Arbeitern eine Verdienstmöglichkeit zu bieten. Herrn Landesrat R e s e l gefiel mein Vorschlag, aber bis heute haben wir von ihm einen bestimmten Vorschlag noch nicht erhalten. (Landesrat R e s e l: „Man kann nichts aus dem Ärmel heuteln.“) Es wird das auch nicht verlangt, es war ja genügend Zeit, da schon im Jänner oder Februar von der Sache wiederholt gesprochen wurde. Herr Landesrat R e s e l hat auch noch zu anderen Kapiteln gesprochen und behauptet, daß die Bauern zu wenig Steuern zahlen. Ich erkläre diese Behauptung für falsch und lade Herrn Landesrat R e s e l ein, ein bißchen in den Voranschlag zu schauen. Er wird dann finden, daß gerade die Bauern höher besteuert sind, als der größte Teil jener Steuerträger, die der Partei des Herrn Landesrates R e s e l angehören. Ich verweise darauf, daß die Hauszinssteuer im abgelaufenen Jahre mit 80 Prozent Umlagen belegt war. (Zwischenruf: „Wer zahlt diese Steuer?“) Diese Steuer trifft die Mieter, also die Hauszinssteuer mit 80 Prozent, während die Grundsteuer, welche die Bauern zahlen, mit 105 Prozent Umlagen belegt war. Weiters hat Herr Landesrat R e s e l gemeint, daß die Bauern mehr Subventionen erhalten, als ihnen vermöge ihrer Steuerleistung gebührt. Auch das muß ich bestritten. Ich gebe zu bedenken, daß die Subventionen, welche den Bauern zugewendet werden, zum großen Teile auch den übrigen Ständen zugute kommen. (Widerspruch.) So kommt jede den Bauern zum Zwecke der Hebung der Produktion von Lebensmitteln zugewendete Subvention indirekt allen Konsumenten zugute. Oder hat nicht jeder Stand einen Nutzen, wenn Straßen und Eisenbahnen angelegt, wenn Uferschutzbauten hergestellt werden? Und doch laufen alle diese Ausgaben unter dem Titel: Landwirtschaft.

Indem ich Herrn Landesrat R e s e l also nochmals die beruhigende Versicherung gebe, daß die Bauern mit Subventionen nicht bevorzugt werden, verabschiede ich mich diesmal von ihm und wende mich Herrn Abgeordneten S c h r e c k e n t h a l zu. Herr Abgeordneter S c h r e c k e n t h a l hat hauptsächlich auf die Notwendigkeit von Ersparungen hingewiesen. Die Antwort hierauf habe ich schon gegeben, ich habe gezeigt, daß wir ohnehin sparen wo es möglich ist, daß aber das Sparen auch seine Grenzen hat. Leider hat mir Herr Abgeordneter S c h r e c k e n t h a l keinen einzigen konkreten Fall genannt, in dem wir noch mehr sparen könnten.

Ich gehe nun zur Rede des Herrn Landesrates Dr. Eisler über. Er meinte, daß das vorliegende Budget nicht modern sei und daß es uns zwingt, uns nur immer so fortzuzurecken. Ja, Herr Dr. Eisler hat recht, das Budget ist nicht modern. Ich füge aber bei, die Verfassung ist auch nicht modern, und unsere unmoderne Verfassung ermöglicht gar nicht ein modernes Budget, es ermöglicht nur ein Fortzurrecken. Herr Dr. Eisler hätte sehr leicht in diesem Belange abhelfen können, er war ja Unterstaatssekretär, er hätte die Möglichkeit gehabt, im Kabinettsrat die Verfassungsreform zu betreiben, warum hat er es denn nicht getan? Eine moderne Verfassung wäre die Grundlage eines modernen Budgets gewesen. Etwas erstaunt war ich darüber, daß Herr Landesrat Doktor Eisler mit der Personaleinkommensteuer auf einmal nicht zufrieden ist. Er meint, das wäre nicht das Allheilmittel. Von Seite der Sozialdemokraten ist diese Sache früher ganz anders beurteilt worden. Ich weiß mich an eine Zeit im Parlamente zu erinnern, in welcher die Sozialdemokraten wiederholt und mit ganz besonderer Betonung erklärten, daß die Personaleinkommensteuer eigentlich die einzige gerechte Steuer sei. (Zwischenrufe des Landesrates Resel.) Ich begreife den Herrn Landesrat Resel von seinem Parteistandpunkte aus ganz gut. Früher hatte die Arbeiterschaft, die zum größten Teile der Partei des Herrn Landesrates Resel angehört, ein geringeres Einkommen gehabt und zahlte deshalb keine Einkommensteuer. In den Augen des Landesrates Resel war die Einkommensteuer damals natürlich gerecht! Heute ist es anders. Durch die jetzigen Verhältnisse hat ein großer Teil der Arbeiterschaft ein schönes Einkommen, viele Herren der sozialdemokratischen Partei sitzen in einträglichen Stellungen und müßten daher auch Personaleinkommensteuer zahlen, und da finden die Sozialdemokraten nun auf einmal, daß die Personaleinkommensteuer keine gerechte Steuer ist. Diese Herren scheinen auch der Meinung zu sein, daß nur jene Steuer eine gerechte ist, die die anderen zahlen müssen. (Beifall.) Dieser Anschauung kann ich mich wohl nicht anschließen. Früher waren halt wir die Erwerbenden Stände und haben zu zahlen gehabt, und jetzt sind die anderen die Erwerbenden, und diese anderen wollen vom Steuerzahlen nichts wissen. (Beifall.) Ebenso müßte ich Einspruch erheben dagegen, wenn Herr Dr. Eisler sagt, es soll nur das besteuert werden, was man vor sich sieht, also der Realbesitz, alles andere aber nicht. Dies wäre eine große Ungerechtigkeit, denn es gibt doch auch andere schöne Einkommen, die man nicht vor sich hat. Ich stelle mir da

vor, daß z. B. Herr Landesrat Dr. Eisler aus seiner Advokatur ein sehr schönes Einkommen haben wird. Und dieses und viele andere ähnliche große und noch größere Einkommen sollten steuerfrei sein, weil man sie nicht vor sich sieht?! Da würde sich der gesamte Realbesitz, der also allein Steuer zahlen müßte, aber schon schönstens bedanken. Herr Landesrat Dr. Eisler hat auch gemeint, daß eine doppelte Verwaltung zu teuer kommt. Da gebe ich ihm vollständig recht. Eben darum aber rufe ich: „Heraus mit der Verwaltungsreform!“, damit die Verwaltung vereinfacht werden kann.

Hoher Landtag! Das Budget, das uns jetzt vorliegt, weist ein gewaltiges Defizit auf. Daß die jetzige Finanzverwaltung daran nicht die Schuld trägt, habe ich bereits früher bewiesen. Ich frage nun: Muß uns das große Defizit, das uns wirklich erschreckt, nutzlos machen? Müssen wir glauben, daß Steiermark ein armes Land ist? Nein! Vielmehr bin ich der Meinung, daß Steiermark als Verwaltungsobjekt ein gut situiertes Land ist. Wir können viel aus ihm herausbringen. Steiermark hat seine großen Forste. Den Wert dieser Forste schätzt man auf viele Millionen Kronen. Es hat mehrere große Häuser in Graz und auch in anderen Orten am Lande. Es hat wertvolle und bedeutende Kunstsammlungen, und zwar Kunstsammlungen, um welche uns manch anderes Land beneiden würde und von denen ich behaupte, daß sie Werte nicht von Millionen, sondern von Milliarden darstellen. Ein Land, das solche Schätze hat, kann man nicht ein armes Land nennen. Wenn Sie nun alle Aktiven und Passiven Steiermarks einander gegenüberstellen, so kann man ruhig behaupten, daß Steiermark nicht ein passives, sondern ein aktives Land ist. Wenn einmal halbwegs geordnete wirtschaftliche Verhältnisse eingetreten sein werden, wenn die Verfassungsreform und damit auch eine gründliche Finanzreform durchgeführt ist, dann wird es keine große Schwierigkeit bieten, die Landesfinanzen zu sanieren. Indessen wird die Landesverwaltung bemüht sein, einerseits durch weise Sparsamkeit die Lasten des Landes zu vermindern, andererseits aber das Vermögen und die Einnahmen des Landes zu vermehren. Sie können daher zu unserer Finanzverwaltung volles Vertrauen haben, und in diesem Sinne empfehle ich Ihnen die Annahme des vorliegenden Budgets. (Lebhafter Beifall auf christlichsozialer Seite.)

Berichterstatter Paul: Nachdem ich die Ehre habe, hier den Finanzausschuß zu vertreten, sollte ich ihn eigentlich gegen den Vorwurf wegen nicht genauer und gründlicher Arbeit in Schutz nehmen. Er fühlt sich aber

in dieser Hinsicht in keiner Weise betroffen, denn die einzige Sitzung, die beschlußunfähig war, konnte deshalb nicht zustande kommen, weil an diesem Nachmittag das Begräbnis der Opfer der Grazer Unruhen stattfand, die Sitzung früher angesagt war und nicht mehr rechtzeitig abgesagt werden konnte. Da gegen die Anträge des Finanzausschusses keine weitere Einwendung erhoben wird, so verzichte ich auf ein weiteres Schlusswort.

Landeshauptmann: Es wäre nun in die Einzelberatung einzugehen, und ich ersuche diejenigen Mitglieder des Hauses, welche dafür sind, daß jetzt in die Einzelberatung des Voranschlages eingegangen wird, die Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Die Einzelberatung ist angenommen.

Ich werde jetzt die Sitzung unterbrechen und nachmittags um 4 Uhr wieder aufnehmen.

(Die Sitzung wird um 1 Uhr 10 Minuten nachmittags unterbrochen und um 5 Uhr 30 Minuten nachmittags wieder aufgenommen.)

Die 35. Sitzung wird fortgesetzt.

Auf Grund einer Obmännerbesprechung werden die Kapitel I bis III des Voranschlages nebst den Abänderungsanträgen des Finanzausschusses vereint, die Kapitel IV, V und VI jedes abgesondert, die Kapitel VII bis XIII vereint und ebenso die Kapitel XIV bis XXX vereint zur Beratung und Beschlußfassung kommen. Die zu diesen Gruppen gehörigen, in der Beilage Nr. 483 unter Punkt II, 7 enthaltenen Entschlüsse kommen gleichzeitig mit den betreffenden Gruppen zur Abstimmung.

Wir beginnen mit der 1. Gruppe: dem Kapitel I bis III des Voranschlages nebst den Abänderungsanträgen und den zu Kapitel II und zu Kapitel III, Titel 3 b, beantragten Entschlüssen. Der Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter des Finanzausschusses **Ing. Paul** (von der Rednerbühne): Kapitel I betrifft die Landesvertretung und weist einen Abgang von 641.150 K auf. Kapitel II, Landesverwaltung, hat ein Gesamterfordernis nach dem Voranschlage von 5.987.818 K, hat sich aber während der Beratung des Finanzausschusses erhöht auf einen Gesamtbetrag von 9.796.878 K. Zu diesem Punkte beantragt der Finanzausschuß folgende Resolution (liest):

„Der Landesrat wird beauftragt, an die Staatsregierung heranzutreten um Überlassung der Liegenschaft K.-Nr. 15, Paulusorgasse, Einl.-Zl. 167, Katastralgemeinde Innere Stadt Graz, für die Zwecke des Landes-Jugendamtes.“

Kapitel III, Titel 1, „Schub“, hat einen Gesamt- abgang von 25.550 K. Titel 2, „Gendarmerie- bequartierung“, einen Gesamt- abgang von 375.000 K. Dazu kommen noch während der Beratung 200.000 K, so daß ein Gesamt- abgang von 575.000 K sich ergibt. Titel 3, „Zwangsarbeits- anstalten“, hat einen Gesamt- abgang von 297.508 K, dazu ein Nachtragserfordernis auf Grund der Beschlüsse des Finanzausschusses von 188.500 K, somit einen Gesamt- abgang von 486.008 K. Der Finanzausschuß beantragt nachfolgende Entschlüsse (liest):

„Mit Rücksicht auf das hohe Erfordernis für die Landes-Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt in Messendorf, welches zu den Leistungen dieser Anstalt in gar keinem Verhältnisse steht, wird der Landesrat beauftragt, die Auflösung dieser Zwangsarbeits- anstalt durchzuführen.“

Der Bericht des Landesrates, Beilage Nr. 393, über die Regelung der Bezüge der Aufseher der Landes-Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt in Messendorf erledigt sich durch Einstellung des sich nach Punkt 1 des mit dem erwähnten Berichte gestellten Antrages ergebenden Mehrerfordernisses im Kapitel III, Titel 3, des Voranschlages für das Jahr 1920.“

Ferner Titel IV, „Verpflegs- und Regie- kosten für steiermärkische Zwänglinge“, hat einen Gesamt- abgang von 30.222 K. Titel V, „Naturalverpflegsstationen“, hat einen Gesamt- abgang von 80.400 K. Weil die Naturalverpflegsstationen aufgelöst sind, vermindert sich der Abgang um 40.000 K, so daß sich ein Abgang von 40.400 K ergibt.

Landeshauptmann: Ich möchte bitten, daß die einzelnen Parteien zu diesen Punkten ihre Redner bekanntgeben wollen, falls sie welche Herren zu nominieren wünschen. (Nach einer Pause.) Die christlichsoziale Partei nominiert den Herrn Landesrat **Prisching**, die sozialdemokratische Partei den Herrn Landesrat **Resel** und die Bauernbündlerpartei den Herrn Abgeordneten **Schreckenthal**. Zuerst hat sich der Herr Abgeordnete **Schreckenthal** zum Worte gemeldet; ich erteile ihm dasselbe.

Abgeordneter Schreckenthal: Hohes Haus! Bei der Behandlung dieser Kapitel möchte ich folgendes bemerken: Ich habe schon anlässlich der Generaldebatte erklärt, daß wir im Kapitel I, „Landesvertretung“, eines beansprachen, nämlich, daß die Kosten der Landesvertretung, die durch die Erhöhung der Diäten noch wesentlich größer geworden sind, unverhältnismäßig

hohe sind. Ich finde, daß die Arbeit im Landtage eine nicht ganz rationelle genannt werden muß, weil die Zeit nicht in entsprechend intensiver Weise ausgenützt wird. Ich habe die Anregung gegeben, und ich möchte den Landesrat ersuchen, dieser Frage näherzutreten, die Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß Anträge, welche im Ausschusse einstimmig zur Annahme gelangen, und das ist sehr häufig der Fall, daß die im Hause nicht zur Verhandlung kommen und dadurch eine Zeitersparnis eintritt.

Zu Kapitel II, „Landesverwaltung“, möchte ich mir erlauben zu bemerken: Ich finde für die Zentralleitung im Voranschlage für 1920 keine Post eingesetzt. Anlässlich der Verhandlungen im Finanzausschusse habe ich mir erlaubt, dieses Miteinstellen der Post für die Zentralleitung zu beanstanden. Es wurde nun angeführt und ich wiederhole dies, daß die Post für die Zentralleitung deshalb nicht eingestellt wurde, weil diese Post vom Staate bezahlt wird. Es werden die Bezüge der Landeshauptleute und Landesräte vom Staate bezahlt. Nun bin ich der Ansicht, daß, wenn auch die Bezahlung durch den Staat erfolgt, die Post aufscheinen muß im Erfordernis und in der Bedeckung als Ersatz vom Staate. So wie es heute dargestellt ist, schaut es aus, als wenn die Landeshauptleute und Landesräte vom Staate bezahlte Beamte wären, vom Staate abhängig wären und das ist sicher nicht der Wille des hohen Hauses, das die betreffenden Herren auf diese Posten entsendend hat. Ein weiterer Punkt, warum ich mich dagegen wende, ist der, daß nur dann das Recht gegeben ist, über eine Budgetpost zu sprechen, wenn sie im Budget enthalten ist. Das Budgetrecht ist das Recht des hohen Hauses, die Post zu bewilligen oder zu streichen. Es wird so oft angeführt, und im Laufe der Generaldebatte ist der Vergleich gefallen, England wäre ein demokratischer Staat, und ich kann Sie nur versichern, kein englischer Parlamentarier würde es sich gefallen lassen, daß eine Post gestrichen erscheint, die analog unserer ist. Jeder Engländer würde sagen, es muß ihm das Recht eingeräumt sein, bei Behandlung der Posten sein Vertrauen oder Mißtrauen gegenüber einer dieser Posten zum Ausdruck zu bringen. Wir haben gesehen, daß ein Parlament beantragt hat, es seien die Gehälter des Ministeriums zu reduzieren, und daß der Antrag angenommen wurde, das ist gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum des ganzen Hauses. Schauen Sie, ich weiß nicht, ob nicht ein Antrag, falls die Post „Zentralleitung“ im Voranschlage eingestellt gewesen wäre, auf eine kleine Reduzierung des Gehaltes des Finanzreferenten, der den Sitzungen des Finanzaus-

schusses ständig fernblieb, nicht Aussicht gehabt hätte, im hohen Hause zur Annahme zu gelangen.

Nun möchte ich mir noch erlauben, bei Kapitel III, Titel 3, „Zwangsarbeitsanstalt“, zu betonen, daß dieses Kapitel wohl in keiner Form angenommen werden könnte, denn die Ausgaben, die in den zwei Zwangsarbeitsanstalten im Voranschlage aufscheinen, stehen in keinem Verhältnisse zu den Leistungen. Es sind die Verhältnisse so krasse geworden, daß wir mehr Aufsichtspersonal als Korrigenden haben. Wir haben in der Zwangsarbeitsanstalt Messendorf einen eigenen Geistlichen für den Religionsunterricht für drei oder vier Buben. Wenn wir 19 Korrigenden haben und über 21 Angestellte, so ist das ein Mißverhältnis. Wir haben das im Finanzausschusse besprochen und es hat sich zum Antrage des Finanzausschusses verdichtet, daß der Landesrat bestrebt sein soll, Ordnung zu schaffen. Das wäre dasjenige, was ich zu diesen Kapiteln sagen wollte.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraß**: Ich möchte gleich auf die Ausführungen des Herrn Voredners bezüglich Messendorf antworten. Es ist durchaus kein Verschulden des Landesrates, daß sich die Zustände dort so entwickelt haben. Ich habe mir erlaubt, im Finanzausschusse auseinanderzusetzen, was der Landesrat mit Messendorf beabsichtigt, und ich kann nur nochmals mitteilen, daß die Anstalt bereits aufgehoben und in Liquidierung sich befindet und dem Landes-Jugendamte übergeben wird. Es soll eine moderne Jugenderziehungsanstalt mit Werkstättenbetrieb errichtet werden. Ich glaube, daß es ganz deplaciert war, dieselben Klagen, die im Finanzausschusse bereits widerlegt worden waren, hier im hohen Hause nochmals vorzubringen. Ich glaube, man sollte hier nur dies zur Sprache bringen, was den Zweck hat, einen bestehenden Zustand zu beseitigen. Ich habe bereits im Finanzausschusse gesagt, daß dieser Zustand und dieses Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für die Zwänglinge und der Anzahl der Zwänglinge selbst besteht. Es ist eine Zeiterscheinung, die es verursacht hat, daß alle Zwangsarbeitsanstalten fast keine Zwänglinge haben. Das ist gerade so ein ähnliches Verhältniß, als wie das Mißverhältnis mit den Naturalverpflegstationen. Es sind höhere Ausgaben entstanden, die in keinem Verhältnisse mit den Leistungen der Institute gestanden sind. Infolgedessen muß jeder, der ein solches Zeug verwaltet, von selbst daraufkommen, daß die öffentlichen Mittel nicht so verwaltet werden dürfen, und deshalb hat auch der Landtag einen Antrag auf Auflösung der Naturalverpflegstationen angenommen. Das wird bei Messendorf ebenfalls der Fall sein. Der

Landesrat hat bereits mit Niederösterreich Vereinbarungen getroffen für den Fall, daß Zwänglinge nominiert werden, daß diese nach Niederösterreich überstellt werden sollen. Ich glaube verpflichtet zu sein, das zu sagen, damit nicht die Meinung entsteht, daß gedankenlos gewirtschaftet wird.

Landesrat Resel: Der Herr Abgeordnete Schreckenthal hat bemängelt, daß die Post „Ausgaben für die Zentralleitung, Landeshauptleute und Landesräte“ nicht eingestellt erscheint. Im gewissen Sinne hat er nicht so vollständig Unrecht, sie sollen wenigstens eine Durchfuhrspost sein, obwohl, wenn es eine Durchfuhrspost wäre, das, was er meint, nicht in Erscheinung treten könnte. Eine Post, die ich nicht bezahle, die vom Staate bezahlt wird, da kann ich auch nicht eine Streichung beantragen, da ist eine Änderung nicht möglich. Ich möchte aufmerksam machen, daß wir im seinerzeitigen Reichsrate eine Reihe von Posten im Budget gehabt haben, die sich auf das Militär usw. bezogen haben. Wir konnten an diesen Posten eine Änderung nicht vornehmen, auch wenn wir gegen diese Titel gewesen wären.

Eine Möglichkeit nach der Richtung hin Wandel zu schaffen, wäre nur dann, wenn eine größere Klarheit in den Bestimmungen, betreffend das Verhältnis zwischen Land und Staat geschaffen werden würde. Es ist möglich, daß durch die Verfassungsreform nach der Richtung hin Änderungen getroffen werden, wodurch dem Verlangen des Herrn Kollegen Schreckenthal entsprochen wird. Tatsache ist, daß diese Budgetpost eigentlich jene wäre, wo man über die Tätigkeit der Landesregierung, über die wir ebenfalls das Recht haben, zu reden, reden kann, wenn es auch eigentlich keine eigentliche Budgetpost ist. Nun, meine sehr geehrten Herren, gerade, weil ich von diesem Standpunkte ausgehe, werde ich mir gestatten, bei diesem Kapitel, zu dem ja auch der Teil Gendarmerie, Polizei usw. gehört, einiges auszuführen, was auf die vor-mittägigen Ausführungen des Herrn Dr. Hrzer Bezug hat. Ich will da auch einige Bemerkungen daran knüpfen, die die Tätigkeit der Landesregierung hinsichtlich der Polizei und Gendarmerie betrifft. Herr Dr. Hrzer hat die Behauptung aufgestellt, daß eine Bewaffnung der Landbevölkerung auch deshalb eingetrefen wäre, weil die Arbeiter sich bewaffnet haben. Gleichzeitig hat er aber auch behauptet, daß die Arbeiter allein regieren wollten und erst, als dies nicht gegangen sei, sich bequemt hätten, zusammen mit den anderen die Regierung zu bilden. Beide Behauptungen sind vollständig unrichtig, und zwar deshalb, weil erstens die Arbeiter sich nicht bewaffnet hatten,

sondern zuerst die Landbevölkerung bewaffnet wurde. Insofern die Arbeiter nach dem Umsturze Waffen in die Hand genommen haben, geschah es einzig und allein nur zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß in Graz und in den größten Verkehrszentren Steiermarks die Arbeiter hauptsächlich Sicherheitswehren gebildet haben, die gesorgt haben, daß bei dem Zurückfluten der Truppen keine Unordnung, keine Stauung entsteht. (Abgeordneter Jaklitsch: „Und die die Heimkehrer ausgeplündert haben. Mir ist es so gegangen.“) Aber reden Sie doch nicht immer drein, halten Sie eine Rede, wenn Sie wollen. Aber wenn Sie nichts anderes können, als immer nur dazu schreien, dann bleiben Sie ruhig auf Ihrer Bank sitzen. Die anderen halten Reden, aber Sie schreien nur immer, wenn Sie nichts Besseres tun können, dann geben Sie Ihr Mandat auf. Nun, meine Herren, es ist eine unleugbare Tatsache, daß die Arbeiter Sicherheitswehren gebildet haben und daß sie dafür gesorgt haben, daß Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht geblieben ist. Wer das Gegenteil behauptet, der ist uninformiert oder stellt eine unwahre Behauptung auf. (Abgeordneter Jaklitsch: „Im Gegenteil, wir sind gut informiert.“) Meine Herren! Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß die Arbeiter allein regieren wollten. Ich möchte darauf verweisen, daß gerade die sozialdemokratische Partei es war, die bei der Herstellung geordneter Zustände gewissermaßen das Konzept zu allen verfassungsmäßigen Einführungen in diesem Staate gegeben hat. Das ist keine überhebende Behauptung, sondern eine reine, erweisbare Tatsache. Die ersten konstituierenden Bestimmungen für den Staat und die Länder stammen aus sozialdemokratischer Feder und sind von den Sozialdemokraten gemacht worden und wir waren es, die an die Parteien herangetreten sind und erklärt haben, es müsse eine Regierung gebildet werden, die imstande sei, uns vor dem Chaos zu bewahren. (Landeshauptmann: Ich möchte den Herrn Redner nur aufmerksam machen, daß wir bei der Spezialdebatte sind und er sich darnach halten muß.) Und ich möchte aufmerksam machen, daß wir bei dem Kapitel I, Landesverwaltung, sind und daß gerade zu diesem Punkte meine Ausführungen meines Erachtens sachgemäß sind. Es wäre sehr billig, wenn man alle unrichtigen Behauptungen unwiderlegt lassen müßte. Es handelt sich um zwei Unrichtigkeiten, an die sich eine Reihe anderer geknüpft hat. Die Arbeiter haben, wie einigermaßen Aussicht war, daß sich Ruhe und Ordnung entwickelt, ihre Waffen wieder abgelegt, sie haben sie ordnungsmäßig mit wenigen Aus-

nahmen abgeführt. In der gleichen Zeit, nämlich zur Zeit des Umsturzes, wurden die Heimwehren gegründet und da hat sich nun das Merkwürdige gezeigt, daß wohl die Arbeiter ihre Waffen abgegeben haben, daß aber die Heimwehren ganz wider ihre eigentliche Bestimmung fortwährend ausgestaltet wurden. (Abgeordneter Schreckenhal: „Das ist erst viel später geschehen.“) Es ist auch die Behauptung aufgestellt worden, die Armee sei zertrümmert worden, und zwar, als hätte man sie von hinten her zertrümmert. Die Armee wurde nicht zertrümmert, sondern sie hat sich aufgelöst. (Abgeordneter Jaklitsch: „Die Juden haben sie zertrümmert.“) Sie reden wie die Schöckelwaberl. Die Armee wurde von niemand zertrümmert, sondern sie hat sich, wie ich bereits gesagt habe, aufgelöst, wie gründlich sie sich aufgelöst hat, geht daraus hervor, daß wir damals einen Aufruf erlassen mußten, es sollen sich alle dienstpflichtigen Militärpersonen melden und wieder einrücken. Von 150.000 Steirern haben sich ungefähr 1500 gemeldet und nach 14 Tagen haben sie uns mit der Meuterei gedroht. Es ist daher eine ganz unrichtige Behauptung, daß irgend jemand die Armee zertrümmert habe, sondern sie hat sich aufgelöst infolge der Verhältnisse. Nun, meine Herren, von den bewaffneten Arbeitern ist nur das Arbeiterhilfskorps geblieben und das ist dann in die Volkswehr überführt worden. Es wird niemandem möglich sein zu erweisen, daß dies die schlechteste Abteilung der Volkswehr gewesen sei. (Abgeordneter Jaklitsch: „In St. Martin haben sie die Gewehre genommen und sind damit Hendel stehlen gegangen!“) Sie legen wohl die Worte wenig auf die Waagschale und sind bereit, jeden zu verdächtigen, ohne Rücksicht auf das, was wahr ist. (Abgeordnete Tausk: „Und mit wem Sie reden!“) Einen solchen Unernst, wie Sie entwickeln — ich muß schon sagen, so glücklich wie Sie, bin ich nicht —, so bescheidene Ansprüche stellen meine Herren nicht. Sie machen zu allem Ihre Wiße. Das ist wahrscheinlich die Geschäftsordnung von Niederschöckel. Meine Herren! Das Arbeiterhilfskorps hat bis zu seiner Auflösung — doch vielleicht sind die Herren von Fölling besser unterrichtet als das Landesbefehlshaberamt — am klaglosesten Dienst gemacht und war eine der verlässlichsten Truppen unserer Volkswehr. Auch das Arbeiterhilfskorps ist nun aufgelassen, und es kann niemand sagen, daß sich die Arbeiter an die Waffen geklammert hätten. Im Gegenteil, ich weiß aus meiner Zeit als Militärbevollmächtigter, welcher Ansturm nach Waffen bestand, welche Ansprüche von der Landbevölkerung durch ihre Vertreter gemacht wurden. Und wenn heute behauptet wurde, daß diesbezüglich

vom Herrn Abgeordneten Hofsch gar nicht die Rede sein könne, so kann ich demgegenüber feststellen, daß der Herr Abgeordnete Hofsch, der vor dem Kriege Veteranengeneral war, nach dem Umsturze zu mir gekommen ist und für das Gebiet von Fölling 2000 Gewehre haben wollte.

Nun, meine Herren! Es ist eine sehr ansehnliche Zahl von Waffen offiziell am Lande draußen bei Ihren Heimwehren. Es sind meines Erachtens zirka 13.000 Stück, und wenn daher jemand sagt, daß das Land draußen von Waffen starrt, so hat er nicht so unrecht. (Abgeordneter Schreckenhal: „Na, bei 13.000 Gewehren, da kann man nicht sagen, daß das ganze Land von Waffen starrt. Das ist doch nicht so viel!“) Sie wollen zwar in Österreich nicht einmal eine Armee von 15.000 Mann haben, wollen aber am Lande in Steiermark allein 13.000 Gewehre. Diese Gewehre sind zum größten Teil auf illegale Weise hinausgekommen. Schon im Februar 1919 haben wir, die Militärbevollmächtigten, den Auftrag gegeben, es dürfen neue Gewehre nicht mehr ausgegeben werden. Trotzdem sind immer wieder Gewehre hinausgekommen. Obwohl in den Bestimmungen für die Heimwehren steht, daß die Heimwehren hauptsächlich mit landesüblichen Waffen, darunter Jagdgewehren, zu bewaffnen seien, wurden immer wieder Militärgewehre angefordert, und man hat sie auch auf illegale Weise hinausgebracht; ich kann nicht feststellen, wie groß die Zahl der Waffen der ländlichen Bevölkerung jetzt ist. Zu den Heimwehren zählt auch das Bauernkommando und das hat eine erhebliche Anzahl von Waffen, die es nur zum geringsten Teile offiziell zum Schutze der Grenze bekommen hat. Das merkwürdige dabei ist, daß diese Institutionen, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung gebildet wurden — die Intention war, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und die Grenzverteidigung —, im Laufe der Zeit sich zu etwas ganz anderem entwickelt haben. Nach den ersten Erhebungen unten an der Grenze war die Sache mit dem Bauernkommando erledigt und es sind dann die Waffen dazu verwendet worden, um Gewalttätigkeiten zu verüben und mit Leuten aus Ungarn in gegenrevolutionäre Verbindung zu treten. Wenn da einzelne Akte aufgezählt werden, die von Arbeitern verübt wurden, so ließen sich eine ganze Reihe von solchen aufzählen, die sich unten im Bereiche des Bauernkommandos ereignet haben. Ich erinnere da bloß an die Schlacht von Gosdorf, wo die Gendarmerie so schlecht abgeschnitten hat, aber auch an Gewalttätigkeiten, die nachher vorgekommen sind. Wenn man jemanden mit Waffen-

gewalt zurückhält und ein Lösegeld von 10.000 K verlangt, weil er einen Hund überfahren hat, so ist das eine arge Gewalttätigkeit, und das hat sich unten bei Mureck ereignet. Es ließe sich noch eine Reihe von Beispielen anführen. Damit Sie auch wissen, wie die Bauern in Gosdorf, nachdem man auf sie eingewirkt hat, „pater peccavi!“ gerufen haben, sei mitgeteilt, daß sie nachher bei einigen Faß Bier ein Siegesfest gefeiert haben. Von bewaffneten Heimwehrleuten wurde ein Stier, den behördliche Organe requirierten, wieder abgenommen und geschmückt nach Mureck zurückgeführt. Das ist wahrscheinlich eine harmlose Sache, über die man nicht zu reden braucht. Auch darüber nicht, daß die Aufforderung an die Leute, Vieh abzuliefern, dadurch beantwortet wurde, daß sie einen kastrierten Gaisbock statt Vieh ablieferten. (Zwischenrufe: „Volkshumor! — Keine Gewalttätigkeit!“) Das nur so nebenbei bemerkt. Wenn Arbeiter so etwas täten, so würde furchtbar über Terror geschrien und ein Mordsgestöße gemacht werden. Daraus ergibt sich, daß die Bewaffnung der Landbevölkerung einen Grad erreicht hat, der es erklärlich erscheinen läßt, daß die Arbeiterschaft nicht ruhig zuzusehen vermag. Es wurde allerdings die feierliche Erklärung abgegeben, daß die Bauern Republikaner seien und die Republikaner nichts zu fürchten haben. Ich danke aber dafür, wenn diese weder Fleisch noch Mehl bekommen, wovon sollen sie leben? Gar weit ist es mit dem Republikanismus der Leute nicht her. Man hört Äußerungen, die ganz anders lauten als republikanisch. Man hört sagen: „Der Kaiser muß wieder her, ohne Kaiser geht es nicht!“ (Abgeordneter Hartleb: „Das soll ein Sozialdemokrat geäußert haben!“) Nein, wir wissen, daß Sie den Republikanismus so einschätzen, wie seinerzeit den Absolutismus: Und den Kaiser absolut, wenn er unsern Willen tut. Sie sind nur dann Republikaner, wenn die Republik das macht, was Ihnen recht ist. Auch Vertrauensleute der christlichsozialen Partei, ja sogar der Gendarmeriedirektor, äußern sich, daß, wenn es nicht nach ihrem Willen geht, so marschieren sie nach Wien. Da hat die Besorgnis der Arbeiterschaft, daß die Republik in Händen der bewaffneten ländlichen Bevölkerung, besonders aber gewissen Leuten unter ihnen, nicht gut aufgehoben sei, eine gewisse Berechtigung. Wir wissen ja auch noch von anderen Dingen. Während der ganzen Zeit wurde an die Ausgestaltung der Bewaffnung auf dem Lande geschritten und Ihr Parteigenosse Dr. Pfriemer in Judenburg hat eine förmliche Armee schaffen wollen. Er hat sich zuerst vergewissern wollen, ob die

Heimwehren für seine Sache sicher seien, er hat die ganze Organisation ausgebildet und hat sogar Aufträge erteilt, daß die Waffen, welche nach den Bestimmungen der Heimwehren bei der Gemeinde sicher zu verwahren sind, an Leute ausgegeben wurden. Wenn sich vielleicht jemand im Zweifel darüber befindet, ob Waffen draußen am Lande sind oder nicht, der braucht nur zu Ostern oder Pfingsten oder an anderen Tagen, wo die Herren Pöller schießen, aufs Land zu gehen. Es kann ihm da passieren, daß er außer Pöllern Kugeln um sich pfeifen hört. (Abgeordneter Schreckenbach: „In Göß bei Leoben ist dies mir passiert!“) Infolge dieser fortwährenden Bewaffnung, an der sich auch Persönlichkeiten beteiligt haben, die das Gegenteil hätten unternehmen sollen, hat die Arbeiterschaft im Dezember vorigen Jahres beschlossen, entweder allgemeine Entwaffnung oder wir bewaffnen uns. Wenn nun heute Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer ein Zirkular ... (Lebhafte Zwischenrufe. — Heiterkeit.) Ich weiß nicht, sind wir noch in einer parlamentarischen Körperschaft oder in Feldhof; das ist doch keine Handlungsweise; ich bin sehr viel gewohnt, nicht empfindlich, aber wie Sie sich benehmen, dafür danke ich schon. Es wäre angebrachter, wenn Sie in einen Kindergarten gehen! Sie rechnen damit, dem Redner seine Ausführungen überhaupt unmöglich zu machen; das gelingt Ihnen aber bei mir nicht. Wenn das Zirkular des Herrn Pichler aus Bruck vorgelesen und getan wurde, als ob dies das allergrößte Geheimnis wäre, so muß ich sagen, daß vor allem anderen die Beweise des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Uhrer den Mangel aufzuweisen haben, daß nie die Zeit angeführt wird; man muß die Beweise mit dem Datum belegen. Zur Beurteilung dieses Zirkulars ist es notwendig, festzustellen, daß es aus den Tagen des Kapp-Putsches in Deutschland ist. Wenn manche von Ihnen ausgerufen haben: „Hört, hört!“, so ist das lächerlich. Ich kann Ihnen auch die Verfügung mitteilen, die wir in Graz damals getroffen haben, da würden Sie noch viel mehr erstaunen können. Es darf sich niemand einbilden, daß die Arbeiterschaft, wenn sie merkt, was draußen am Lande vorbereitet wird, dem ruhig zusieht. Die eine Versicherung kann ich Ihnen geben, wer an der Republik rührt, wer den Umsturz will, hat es mit der Arbeiterschaft in einer Weise zu tun, daß ihm die Augen übergehen! (Heiterkeit.) Sie brauchen nicht zu lachen, Sie sollten sich lieber den Ernst der Situation vergegenwärtigen. Nun, was beweist das Geheimnisvolle des Zirkulars? Es sollte beweisen, daß viele Waffen in Bruck sind. Das konnte es nicht beweisen,

weil die Waffen nicht dort sind. (Zwischenruf: „Sondern in Kapfenberg!“) Auch nicht in Kapfenberg. Wie viele Waffen in Kapfenberg sind, das weiß ich besser; dort hat die Gemeinde der Heimwehr die Waffen abgenommen, und wenn in Bruck Waffen sind, so sind sie allenfalls bei anderen Leuten, aber nicht bei Arbeitern. Damit ist aber nicht gesagt, daß sich nicht einzelne Gewehre bei einzelnen Arbeitern befinden, denn es sind viele Heimkehrer mit dem ganzen Rüstzeug heimgekehrt und haben auch die Gewehre mitgenommen. Von einer Bewaffnung beweist das Zirkular aber nichts, und nun hat Herr Doktor *Alhrer* auch noch meine Zuschrift an das Militärkommando als Sensationsstück verlesen. Ich begreife nicht, wie ein öffentliches Aktenstück irgend ein Geheimnis sein soll und als Sensation verwendet wird. Wir haben das Arbeiterhilfskorps aufgestellt, der Vorstand derselben hat die Waffen übernommen und nun, nachdem das Arbeiterhilfskorps aufgelöst ist, haben wir die Waffen dem mit Bewilligung des Sicherheitsausschusses aufgestellten Arbeiter-Marmbataillon übergeben. Wie ist es nun zur Aufstellung des Arbeiter-Marmbataillons gekommen? In Graz besteht eine nach den Bestimmungen der Heimwehr unzulässige Bezirkswehr, weil bei Hinausgabe der Bestimmungen der Heimwehr — deren Gültigkeit ich noch mit ein paar Worten klarstellen werde — erklärt wurde, daß dort, wo eine Volkswehr oder Sicherheitswehr besteht, keine Heimwehr gebildet zu werden hat. Hinter dem Rücken des Militärkommandos wurden in Graz Bezirkswehren gebildet. Wir haben ihre Auflösung verlangt, nachdem die Herren der Gegenseite erklärt haben, das könne man nicht tun, daß wir die Arbeiter-Marmbataillone aktivieren. Meine Herren! Stellen Sie sich etwa vor, daß wir die Bataillone aufstellen und ihnen Spazierstöcke in die Hand geben? Daß sie Waffen bekommen haben, ist ganz selbstverständlich. An dem ist nichts Geheimnisvolles, das brauchen Sie nicht zum Gegenstand einer Sensation zu machen. Meine Herren! Es ergibt sich, daß die Arbeiter erst nach Waffen gefragt haben, wie die anderen immer mehr bewaffnet wurden. Ich kann Ihnen sagen, Steiermark wurde zum Teil wirklich in ein großes Waffenlager verwandelt. Es hat beispielsweise der Gendarmeriekommandant eine Reihe von Waffenlagern angelegt, angeblich, um Assistenzgendarmen aufzunehmen. In Wirklichkeit aber hat der Herr Kommandant, der sehr gerne Politik betreibt, das aus anderen Gründen getan, wie sich das nachher erwiesen hat. Derselbe Herr Gendarmeriekommandant *Peinlich* hat im September vorigen Jahres nach

einer Bauernversammlung in Mureck erklärt, warum läßt man sich dies alles von dieser Wiener Regierung gefallen, warum weist man nicht mit Fingern auf sie und sagt: „Wir sind 30.000 Bauern und wir wünschen, daß es so und so zu geschehen hat! Wir sind auf die Wiener nicht angewiesen, aber die Wiener auf uns.“ Das sagt der Herr Gendarmeriekommandant, der von Wien aus ernannt ist und der seine Waffenlager unter dem christlichsozialen Staatssekretär *Mataja* angelegt hat. Nun, meine Herren! Bei derselben Versammlung hat auch einer Ihrer Parteigenossen eine Erklärung abgegeben, die sehr tief blicken läßt. Lehrer *Nell* hat damals gesagt: „Weiters muß sich die Heimwehr fest zusammenschließen, um gegen den Arbeiter- und Soldatenrat, welcher eine Art Nebenregierung bildet und durch seine Macht die Gesetzgebung beeinflusst, auftreten zu können. Sie muß in der Lage sein, nach Wien zu marschieren, um dort mit den Waffen das zu erreichen, was sie für gut findet. Auch sei deshalb eine feste Organisation nötig, um gegen die Vieherequirierung auftreten zu können. Nun, ich meine, das sind etwas sensationellere Dinge, als uns der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter *Alhrer* hat mitteilen können. Unter dem Protektorate desselben Herrn Gendarmeriekommandanten hat ein Waffenschmuggel, Waffenkauf und Waffenverkauf in der Gegend des Bauernkommandos stattgefunden. Er war darin mitverwickelt, er hat davon Kenntnis gehabt. Derselbe Kommandant, der diese Worte nach einer Bauernversammlung gebraucht hat. Er hat auch sonst gefrachtet, die Gendarmerie so herzurichten, daß sie für ihn absolut sicher sein soll. Er hat sich seit jeher gewissermaßen als Separatperson in der Landesregierung gefühlt und darauf geschaut, für sich verlässliche Leute zu erhalten. Dies ist ihm aber nur zum Teil gelungen. Er hat Leute aus Kadettenschulen, ehemalige Offiziere, Intelligenzler, die nirgends unterkommen konnten, zur Gendarmerie genommen. Dagegen hat sich die übrige Mannschaft gewehrt, weil diese Peinlichgardisten hinausgehen und denselben Dienst machen wie die gewöhnlichen Gendarmen. Derselbe Gendarmeriekommandant, der solche Ungesetlichkeiten gemacht hat, sollte längst pensioniert werden, er ist es eigentlich schon, aber der Herr Landeshauptmann hat sich immer wieder eingesetzt, daß der Herr *Peinlich* bleiben kann; das auch, trotzdem wir erklärt haben, zu einem solchen Mann können wir kein Vertrauen haben, der Mann muß weg. Nun, meine Herren, der Heimwehrunfug unter Mitwirkung von Gendarmerieoffizieren ist so arg geworden, daß selbst das Landesbefehlshaberamt die Gefahr erkannt und

Eingaben an die Landesregierung gerichtet hat, man möge sorgen, daß eine Entwaffnung eintrete. Es sind auch vom Wehr- und Sicherheitsausschuß Beschlüsse nach der Richtung gefaßt worden, die Gendarmerie solle alle draußen befindlichen Waffen einziehen, alle wilden Heimwehren auflassen. Bisher ist der Erfolg gleich Null. Einmal, als eine Anzahl Gendarmen die höheren Offiziere auf die ganze Bewaffnung, auf die Waffenlager aufmerksam gemacht haben, da ist ihnen gesagt worden, das geht sie nichts an. Nun, meine Herren! Sie werden begreifen, daß es unter solchen Umständen nicht gut möglich war, weiter in einer Koalition zu verbleiben, wo die Herren glauben, die Koalition habe den Zweck, daß sie ihre Macht nach jeder Richtung hin ausbauen, während die anderen sich überhaupt nicht rühren sollten. (Zwischenrufe.) Ihre Zwischenrufe beweisen, daß Sie den Arbeitern in der Richtung nicht einmal den zehnten Teil dessen nachsagen können, was wir durch Tatsachen zu erhärten vermögen. (Zwischenruf: „Was machen denn die Wilderer?“ — Abgeordneter Schreckenthal: „Die Wilderer haben Militärgewehre gehabt!“) Vielleicht wäre es nicht ausgeschlossen, daß man auch bei Ihnen, Herr Schreckenthal, ein Militärgewehr findet. (Abgeordneter Schreckenthal: „Ja, gewiß!“) Was Sie für sich als ein Recht halten, das halten Sie bei den anderen als Verbot. — Wir haben verlangt, daß die Waffen abgeliefert werden sollen, insoweit wir geglaubt haben, daß auf der anderen Seite dieselbe loyale Gesinnung besteht, wie bei uns. Als wir aber gemerkt haben, daß auf der anderen Seite diese nicht besteht, mußten auch wir eine andere Haltung einnehmen. Ich habe gewiß in der loyalsten Weise dafür gesorgt, daß Ruhe und Ordnung in Graz und am Lande aufrecht erhalten bleibt, ich habe meine ganze Persönlichkeit in Graz eingesetzt und habe meinem guten Namen zum ziemlichsten Teil einen schlechteren Klang gegeben. Aber alles hat seine Grenze. Man kann von niemandem verlangen, daß er dort, wo es gegen seine eigene Klasse geht, einen Verrat begeht; das können Sie einem Sozialdemokraten nicht zutrauen. Sie können ihm nicht zutrauen, daß er ein Verräter an seiner Klasse wird. Wenn Sie den Bürgerkrieg haben wollen, dann werden Sie sehen, was aus dem Bürgerkrieg herauskommt. Ich kann Ihnen die Entschließung, die wir im Dezember vorigen Jahres gefaßt haben, vorlegen und in der heißt es: Wir wollen die Entwaffnung und sind bereit, die Waffen, die wir besitzen, sofort abzulegen und aus der Hand zu geben, wenn auch die anderen ihre Waffen ablegen. Wir wollen keinen Bürgerkrieg, aber wer

die stille Hoffnung hat, durch seinen Waffenbesitz die Republik oder die Rechte der Republik angreifen zu können, der, meine Herren, beißt auf Granit, der irrt sich, weil er dann die ganze geschlossene Masse der Arbeiterschaft gegen sich haben wird. Wie es dann ausgehen wird, dafür hat Ihnen der Kapp-Putsch in Deutschland einen zutreffenden Beweis gegeben. Wenn mein Kollege Machold gesagt hat, die Koalition sei der Hauptsache nach an den wirtschaftlichen Verhältnissen, an der Lebensmittelnot, gescheitert, so muß ich sagen, das ist allerdings sein persönlicher Eindruck, weil er mit der Lebensmittelversorgung, weniger aber mit der Politik zu tun hatte. Es waren nicht wirtschaftliche Gründe allein, die dazu geführt haben, es waren noch andere triftige Gründe, die unseren Austritt aus der Koalition verursacht haben. Wir waren die Opfer dieser Koalition, weil dieselbe Loyalität, die wir übten, auf der anderen Seite nicht vorhanden war. Eine versteckte oder offene Verbindung zwischen Ungarn und diesen Herren hat immer geherrscht, und der Herr Gendarmeriedirektor war meines Erachtens nicht zum mindesten das Bindeglied. Es ist merkwürdig, wenn der Sohn des Herrn Gendarmeriedirektors in Steiermark in Ungarn als Offizier bei der Horthy-Armee dient. Es ist ein merkwürdiger Patriotismus, wenn ein Steirer nach Ungarn geht. Aus nationalen Gründen können wir mit Ungarn keine Freunde sein, da sie uns Westungarn vorenthalten, das einzige, das uns der Friedensvertrag an Gutem bringen soll. Nun, meine Herren! Derselbe Herr Gendarmeriedirektor hat die Verbindung mit Ungarn besorgt. Er hat einen Spitzelapparat eingerichtet, der gegen Kommunisten ausgezeichnet funktioniert — jeder wird hopp genommen bei uns — aber wenn jemand Waffen stiehlt, der ist nicht zu finden. Nun will ich Ihnen sagen, der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer zeigt ein Dekret auf: Der Kessel hat den Waffen, die er selber seinerzeit gefaßt hat, eine ganz andere Verwendung gegeben. Er hat aber übersehen, daß schon längst früher sich jemand Waffen aneignen wollte, der dazu keinerlei Berechtigung hatte. Ein Mitglied des Landtages, Hauptmann Krafchwill, hat im Juli 1919 — ich habe das Protokoll der Militärpolizei eingesehen — einen Ausflug nach Gleisdorf gemacht, dabei hat er eine Anzahl von Bauern aufgenommen, hat sie um Mitternacht in das dortige Waffenmagazin bestellt und den Leuten den Fuhrlohn bezahlt. Wie die Bauern hingekommen sind, ist der Hauptmann bei dem erbrochenen Waffenmagazin gestanden und wollte, daß sie die Waffen wegführen. Er hat hinterher erklärt, die

Bauern hätten sich durch das Waffenmagazin beunruhigt gefühlt, deshalb wollte er die Waffen wegführen. Das ist eine Affäre, die für Sie nichts bedeutet; wenn aber Arbeiter das gemacht hätten, da hätte man geschrien: In den Galgen mit ihnen! Der Herr Krafochwill als Mitglied des Wehr- und Sicherheitsausschusses hätte im Wehr- und Sicherheitsausschusse sagen müssen: Ich betrachte das Waffenlager für gefährdet, und dann wäre entschieden worden, was zu tun ist. Das, was er gemacht hat, das ist kein loyales Vorgehen, sondern das ist einfacher Diebstahl. (Abgeordneter Krafochwill: „Ich habe das der Allgemeinheit zum Nutzen gemacht, nicht zum eigenen Nutzen!“ — Große Unruhe.) Meine Herren! Sie verursachen durch die Störungen meiner Rede eine Verlängerung derselben. Nun, meine Herren, um auf das frühere zurückzukommen, das war nicht der einzige Fall, es wurde im vergangenen Herbst und im heutigen Jahre eingebrochen und gestohlen in Gleichenberg bei 400 Gewehre und etwa 6 Maschinengewehre. (Abgeordneter Krafochwill: „Das habe aber nicht ich gemacht!“) Nein, so viel traue ich Ihnen gar nicht zu. Es wurden in Feldbach weiters, und zwar unter falschen Anweisungen, gestohlen oder herausgelockt über 2000 Gewehre und über 20 Maschinengewehre. Es wurde vor einigen Monaten in Fehring in einem Waffendepot eingebrochen, und es wurden dort bei 1500 Gewehre weggeschleppt. Der Herr Gendarmeriedirektor Peinlich hat nicht erfahren können, wo sie hingekommen sind. Alle diese Dinge wurden von mir angezeigt. Bisher weiß ich kein Resultat der Nachforschungen. Vor wenigen Tagen ist eine Heimwehrabteilung in Fürstfeld um Mitternacht zusammengekommen, um das Waffenmagazin zu plündern. (Heftige Zwischenrufe.) Auf solche nichtige, keinerlei Verständnis entspringende Zwischenrufe wird man nicht erwidern. Bei einer solchen Lage der Dinge werden Sie begreifen, daß es undenkbar ist, daß man mit Leuten zusammenbleiben kann, die gegen solche Plünderungen nichts unternehmen. Meine Herren, es wäre begreiflich, daß man schweigt, wenn man so viel Butter auf dem Kopfe hat und sich nicht der Gefahr aussetzt, noch den Angreifer zu spielen. Ich glaube, meine Ausführungen machen es begreiflich, wenn unter der Arbeiterschaft Aufregung besteht, Mißtrauen gegen solche Handlungen besteht, und wenn die Arbeiterschaft selbst erklärt, unter solchen Umständen gehen wir unsere Wege allein, weil wir sicher sind, daß das geschieht, was wir wollen und wir nicht Gefahr laufen, eines schönen Tages eingekreift und überrumpelt zu werden. Wir haben eine Inter-

pellation wegen des Verhaltens des Gendarmeriedirektors Peinlich eingebracht, zu dessen Republikanismus man kein Vertrauen haben kann. Im August, wo durch einen großen Aufmarsch gezeigt wurde, wer zur Republik steht, ist Peinlich verschwunden und ebenso alle Gendarmereioffiziere. Die Mannschaft ist dabei allein gelassen worden. Der Mann gehört weg und es wird das beste sein, wenn die Landesregierung diesem Begehren ehestens Rechnung trägt, bevor sich noch Weiterungen aus dem Verhalten dieses Mannes ergeben. Wir glauben nicht, daß die traurigen Ereignisse am Murplatz unmittelbar von ihm angeordnet wurden, aber sie sind eine Folge seines Systems. Er glaubt, man müsse alle Macht gegen die Arbeiter aufbieten, man müsse gegen sie rücksichtslos vorgehen.

Meine sehr Verehrten, verzeihen Sie das etwas lange Verweilen beim Titel Polizei, ich glaube, man hat dazu zu reden eine Berechtigung, weil es sich um die Landesvertretung und Sicherheit im Lande handelt. Ich kann am Schlusse nur sagen, daß, wenn jemand den Frieden will, er an der Arbeiterschaft keine Gegner finden wird. Wenn aber jemand den Bürgerkrieg will, weil er glaubt, etwas gegen die Rechte in der Republik unternehmen zu können, dann, das ist meine feierliche Erklärung, wird er uns bereit finden, alles zu verteidigen, bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, was wir in der Republik erworben haben! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Threr: Hohes Haus! Gestatten Sie mir nur einige kurze Worte zu erwidern. Ich habe unsere Stellungnahme bezüglich der verschiedenen Punkte in meiner Rede am Vormittag bereits fixiert und ich habe nur den Eindruck, als ob die verschiedenen Gegenargumente nicht an mich herangereicht hätten. Wir haben keinen Auftrag gegeben, daß die Gendarmerie in Gosdorf keinen Gebrauch von ihrem Rechte machen dürfe. Der Herr Landesrat Resel stempelt den Gendarmeriedirektor Peinlich und die Heimwehrbewegung als eine monarchistische, lassen Sie doch endlich den Dreh, die republikanische Gesinnung sich nicht nehmen zu lassen und alles, was Ihnen nicht paßt, als monarchistisch zu verdächtigen. Was das Schreiben des Herrn Landesrates Resel wegen Überrumpelung des A.-O.-R. anbelangt, so hat der Landesbefehlshaber zurückgeschrieben, daß er es nicht zur Kenntnis nehme, so lange es nicht der Wehr- und Sicherheitsausschuß zur Kenntnis nehme. (Landesrat Resel: „Der Wehr- und Sicherheitsausschuß existiert ja nicht mehr!“) Er ist erst vorgestern durch Oberst Körner ins Leben zurückgerufen worden.